

# 35. Bundesparteitag

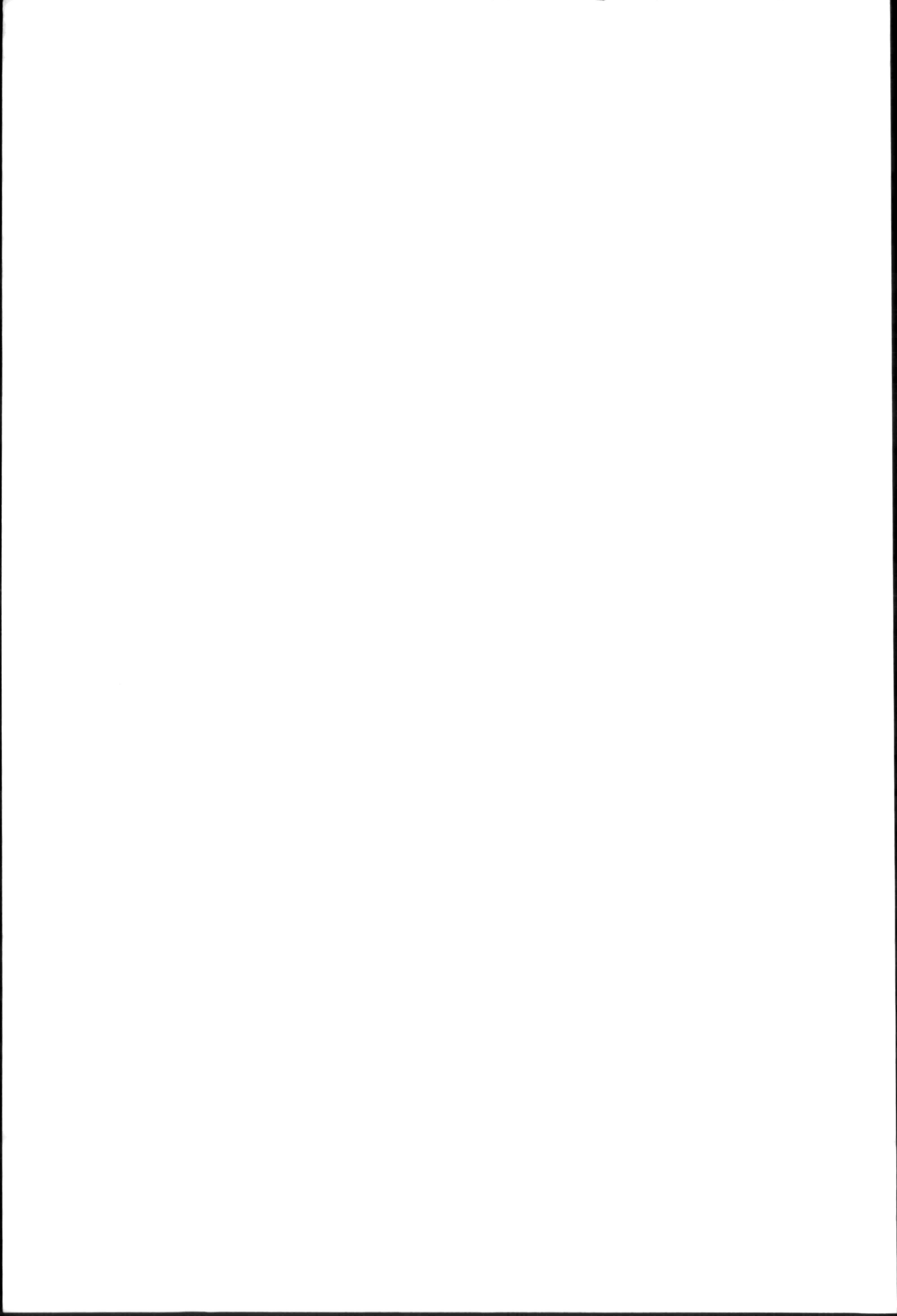
## **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht des  
Generalsekretärs  
9. November 1987 · Bonn**

# **CDU**



*Die  
Zukunft*



**35. Bundesparteitag  
9. November 1987, Bonn**

**Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b>	5
<b>I. Der Bundestagswahlkampf 1987</b>	7
<b>II. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen</b>	17
1. Hessen	17
2. Rheinland-Pfalz	17
3. Hamburg	18
4. Schleswig-Holstein	18
5. Bremen	18
<b>III. Parteigremien</b>	19
1. Präsidium	19
2. Bundesvorstand	19
3. Bundesausschuß	20
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	20
5. Bundesparteigericht	21
6. Bundesfachausschüsse	21
7. Kommissionen	26
7.1. Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“	26
7.2. Rentenkommission	26
7.3. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU	26
7.4. Kommissionserarbeitung des Zukunftsmanifestes	27
7.5. Wahlprogramm-Kommission	27
7.6. Organisationskommission	27
7.7. Kommission „Agrarpolitik“	28
7.8. Kommission „Ländlicher Raum“	28
8. Der Seniorenbeauftragte	28
<b>IV. Die Bundesgeschäftsstelle</b>	30
1. Organisatorische Änderungen	30
2. Personal/Verwaltung, Parteifinanzierung	30
3. Politik	31
3.1. Grundsatz- und Planungsabteilung	31
3.2. Hauptabteilung Politik	31
4. Öffentlichkeitsarbeit	34
4.1. Werbemittel und Aktionen	34
4.2. Bildschirmtext	36
4.3. UiD	37
4.4. Deutsches Monatsblatt	37
5. Pressearbeit	37
6. Organisation	38
<b>V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU</b>	41



## Vorwort

Seit dem Mainzer Parteitag war die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 das herausragende politische Ereignis. Dieser Geschäftsbericht behandelt daher besonders den Bundestagswahlkampf der CDU. Außerdem wird über die Arbeit der Parteigremien in der gesamten Wahlperiode des Bundesvorstandes seit März 1985 berichtet.

Die CDU hat einen professionellen und offensiven Bundestagswahlkampf geführt, der in der deutschen Publizistik und in der Demoskopie mit deutlichem Abstand als bester Wahlkampf im Vergleich zu den anderen Parteien bewertet wurde. Dieses positive Urteil ist der Ansporn für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle in den kommenden Jahren.

Die Bundestagswahl und fünf Landtagswahlkämpfe allein im Jahre 1987 haben gezeigt, daß die Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen eine Herausforderung an unsere Parteiorganisation ist, der wir ständig gewachsen sein müssen. Bestätigt wurde die Erfahrung, daß wir als Regierungspartei im Bund die Landesverbände mit vielen Service-Leistungen in ihren Wahlkämpfen unterstützen müssen. Die zurückliegenden Wahlkämpfe haben bewiesen, daß Bundes- und Landespolitik politisch aufeinander abgestimmt sein müssen und daß Bundes- und Landespartei in Wahlkämpfen geschlossen auftreten müssen, wenn sie Erfolg haben wollen.

An dieser Stelle sei allen, die mit großem Einsatz für unsere gemeinsame Sache gekämpft haben, herzlich gedankt. Dieser Dank gilt allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle, in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden sowie in den Vereinigungen. In einer Zeit, in der die Distanz zu politischen Parteien eher zugenommen hat, ist das tatkräftige Eintreten der CDU-Mitglieder für unsere politischen Ziele doppelt hoch zu bewerten. Kein Außenstehender vermag richtig zu ermessen, mit welchem Engagement und vor allem auch mit welchem zeitlichen Einsatz sehr viele für einen guten Ausgang der Wahlkämpfe ihr Bestes gegeben haben.

Um die Mehrheits- und damit die Regierungsfähigkeit der CDU als Volkspartei der Mitte zu sichern und auszubauen, muß die CDU ihre Wählerbasis erhalten und erweitern. Es gilt, die Bindungen unserer Stammwähler zu festigen oder sie zurückzugewinnen; gleichzeitig müssen wir aber auch neue Wählerschichten erreichen.

Um die Regierungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit christlich demokratischer Politik zu gewährleisten, müssen wir drei Aufgaben als Partei erfüllen:

1. Auf der Basis des Grundsatzprogramms müssen wir eine vertiefte Debatte über die politischen Folgerungen führen, die sich in der heutigen Zeit und in der Zukunft aus dem christlichen Menschenbild als Grundlage unserer Politik ergeben.
2. In der Außen- und Deutschlandpolitik müssen wir auf der Basis christlich-demokratischer Grundsätze die konkreten Inhalte für die kommenden Jahre weiterentwickeln.
3. Wir werden durch eine Organisations- und Strukturreform die Leistungsfähigkeit der Partei verbessern. Ziel dieser Organisationsreform soll es sein, die Politik der CDU als moderne Volkspartei der Mitte bürgernah umzusetzen, eine moderne Kommunikationsstruktur im Medienzeitalter zu entwickeln und die Parteiarbeit mit zeitgemäßen Organisationsmethoden zu bewältigen.
4. Moderne Wahlkämpfe werden ohne eine intakte, professionell aufgebaute und finanziell abgesicherte Organisation nicht geführt werden können. Die Bedeutung der Wahlkämpfe ist gewachsen: In einer Zeit, in der die Medien, Stimmungen und aktuelle Ereignisse eine immer größere Rolle spielen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Organisation der CDU modern und schlagkräftig zu erhalten.

Wenn wir diese politischen, programmatischen und organisatorischen Aufgaben lösen, haben wir eine gute Grundlage für unser Ziel, über die nächste Legislaturperiode hinaus, Regierungspartei zu bleiben.

Dr. Heiner Geißler MdB  
Generalsekretär der CDU

Peter Radunski  
Bundesgeschäftsführer der CDU





# I. Der Bundestagswahlkampf 1987

## A. Die Ausgangslage

### 1. Geändertes Wählerverhalten

Die Wähler entscheiden heute unberechenbarer, differenzierter, wechselhafter, enthaltungsbereiter und vor allem auch emotionaler und ungebundener. Kurzfristige Stimmungsschwankungen, die die Wahlen entscheiden können, sind die Folge. Der Zeithorizont von Politikern und Wählern ist kürzer geworden.

Der schnelle Wandel des Wählerverhaltens ist an drei wesentlichen Merkmalen zu erkennen:

- Die Parteibindungen lockern sich, die Zahl der Stammwähler wird geringer.
- Politische Themen dominieren Wahlkämpfe. Sie werden zum Anlaß einer politischen Emotionalisierung der Wähler.
- Das Bewußtsein der Wähler entscheidet; Lebensgefühl und Lebensstile werden zu Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung.

Angesichts dieser geänderten Verhaltensweisen müssen Wahlkämpfe heute politisch-inhaltlich, fernsehgerecht und zielgruppenorientiert organisiert werden. In der Bundesrepublik Deutschland hat deshalb wie in allen großen westlichen Demokratien auch die Intensität der Wahlkampforganisation zugenommen. Zugleich ist die politisch-inhaltliche Auseinandersetzung wieder intensiver geworden; dies bedeutet eine Repolitisierung der Wahlkämpfe.

## B. Die Wahlkampagne

### 1. Die Elemente des Wahlkampfes

Den gesamten Wahlkampf, alle Einzelmaßnahmen, Veranstaltungen und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle bestimmten fünf Grundelemente:

#### 1.1 Mobilisierungskampagne

Die Mobilisierungskampagne der CDU hat die Partei systematisch mobilisiert und vor allem dazu beigetragen, schon sehr früh und dann vor allem auch dauerhaft in allen Gliederungen der Partei ein hohes Maß an Engagement zu wecken. Dazu bot nicht zuletzt auch die seit September 1985 stark verbesserte Grundstimmung einen guten Ansatz. Durch die Mobilisierungskampagne wurde die Diskussionsfähigkeit und -bereitschaft der CDU-Anhänger gestärkt und zugleich ein hohes Maß an aktiver Teilnahme an den Veranstaltungen der CDU erzielt. Als besonders bemerkenswert darf gelten, daß die CDU mit ihrer

### 2. Regierungsbilanz

Angesichts einer hervorragenden Regierungsbilanz konnte die CDU mit guten Voraussetzungen in den Bundestagswahlkampf 1986/87 gehen. Die Regierung Helmut Kohl hatte 1982 die Verantwortung übernommen, als sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer tiefsten Krise seit ihrem Bestehen befand. Die Krise wurde überwunden. Die erbrachten Leistungen sind überzeugend.

Die Kompetenz der Bundesregierung Helmut Kohl war eines der entscheidenden Argumente in der Wahlkampfauseinandersetzung.

### 3. Zukunftsthematik

Wahlkämpfe werden allerdings nicht allein mit dem Blick zurück auf erbrachte Leistungen gewonnen. Die Bundesrepublik Deutschland steht in einem tiefgreifenden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel. Neue Fragestellungen erfordern neue Antworten. Die mit der Gestaltung der Zukunft verbundenen Spannungen und Konflikte müssen gelöst werden. Es geht hier um Entwicklungen, deren Bewältigung über die nächste Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern werden. Die Bundestagswahl 1987 war somit eine Entscheidung von herausragender Bedeutung.

**Die Frage der Zukunftsfähigkeit der politischen Parteien und ihrer Programme stand deshalb im Zentrum der politischen Diskussion dieses Bundestagswahlkampfes.**

Wahlkampfauftaktveranstaltung in Dortmund am 4. Januar 1987 mit 60.000 Teilnehmer die bisher größte Wahlkundgebung ihrer Geschichte durchgeführt hat. 90.000 freiwillige Helfer konnten gewonnen werden, um die Zeitung „Deutschland am Wochenende“ zu verteilen.

#### 1.2 Kompetenzkampagne

Eine entscheidende Bedeutung kam der Darstellung der erfolgreichen Leistungen der Regierung Helmut Kohl zu. Durch die Darstellung der Erfolgsbilanzen erreichte es die CDU, daß der Wähler der Union die Kompetenz zuwies, die anstehenden Probleme der Zukunft zu lösen. Die Demoskopie weist nach, daß die Kompetenzzuweisung beim Wähler für die Union seit September 1985 kontinuierlich angewachsen ist. Diese Selbstdarstellung hat die CDU mit fortschreitendem Wahlkampf immer mehr konzentriert auf wenige, einprägsame Fakten. So wurde der positive Stimmung-

trend verstärkt und der Wähler von den Erfolgen der Regierung überzeugt. Wichtig war es in diesem Zusammenhang, daß der Weg aus der Krise durch eine gemeinsame Anstrengung aller Bürger und der Regierung erreicht wurde.

Die wichtigsten Argumente der Kompetenzkampagne waren:

- Die Regierung Helmut Kohl hat für Vertrauen, Klarheit und Entschlossenheit bei der Sicherung von Frieden und Freiheit gesorgt, die Atlantische Allianz gefestigt und unsere Zugehörigkeit zur westlichen Verteidigungs- und Wertegemeinschaft bekräftigt. Dadurch wurden die Abrüstungsgespräche wieder in Gang gebracht.
- Die Wirtschaft wächst wieder, die Preise sind stabil, die Zinsen niedrig und der Staat wirtschaftet wieder solide.
- Die Renten und das soziale Netz sind wieder gesichert, die Sozialpolitik steht mit der wirtschaftlichen Leistungskraft wieder in Einklang.
- Die Steuern wurden für Familien mit Kindern und kleinem Einkommen gesenkt. 1988 folgt die zweite Stufe der Steuerreform, die zu einer weiteren, dauerhaften Entlastung führt.
- Mit dem Zehn-Milliarden-Familien-Paket sind die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz haben den Frauen neue Chancen gegeben.
- Durch die Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung und der TA Luft wurde für eine deutliche Verbesserung der Luftqualität gesorgt. Das abgasarme Auto und bleifreies Benzin wurden in Europa durchgesetzt; die Bundesrepublik Deutschland ist europaweit Vorreiter in der Umweltpolitik.

### 1.3 Zukunftskampagne

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über die 11. Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern werden. Die CDU hat sich dieser Aufgabe schon früh zugewandt. Auf dem Parteitag in Stuttgart 1984 wurden die Leitsätze „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“ erarbeitet. Der Essener Parteitag 1985 verabschiedete die Leitsätze „Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“, in denen sich die CDU das Ziel setzt, die Gleichberechtigung bis zum Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen zu erreichen. Auf dem Bundesparteitag in Mainz 1986 wurde schließlich das „Zukunftsmanifest“ beschlossen, in dem die CDU das Bild einer fortschrittlichen und menschlichen Gesellschaft von morgen entwirft und zugleich Antwort gibt auf den Pessimismus falscher Propheten. Während das Zukunftsmanifest die großen Linien einer zukunftsorientierten Politik aufzeigt, beschrieb das Wahlprogramm der Union die konkre-

ten politischen Vorhaben für die kommende Legislaturperiode. Durch diese langfristige und kontinuierliche Behandlung von Zukunftsthemen hat die CDU ihre Zukunftsfähigkeit nachdrücklich unter Beweis gestellt. Das Signet „CDU — Die Zukunft“ bringt dies zum Ausdruck.

Die CDU hatte ihre Zukunftskompetenz konsequent personalisiert, indem sie mit ihren Spitzenpolitikern alle wichtigen Politikfelder auch personell repräsentierte. Zu nennen sind hier neben Helmut Kohl und Heiner Geißler vor allem die Bundesminister Frau Prof. Rita Süßmuth, Norbert Blüm, Heinz Riesenhuber, Gerhard Stoltenberg und Walter Wallmann.

Unsere Hauptargumente in der Zukunftskampagne waren:

- Die CDU wird den Wirtschaftsaufschwung sichern, neue Arbeitsplätze schaffen, das Arbeitsleben familienfreundlich und beschäftigungswirksam gestalten und die Chancen moderner Technologien nutzen.
- Die CDU wird die soziale Sicherheit festigen und ausbauen, den besonders Bedürftigen gezielt helfen und Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter fördern.
- Die CDU wird die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem weiter verringern.
- Die CDU wird ihre Politik für die Familien fortsetzen und den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen.
- Die CDU wird auch in Zukunft unserer Verpflichtung zum Schutz von Natur und Schöpfung gerecht werden.
- Die CDU wird auch künftig ein verlässlicher Partner des Westens sein, den Dialog mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn fortführen und die Bemühungen um Abrüstung in Ost und West unterstützen.
- Die CDU hält am Ziel der deutschen Einheit fest und strebt weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland an.

### 1.4 Kanzlerkampagne

In der Kanzlerkampagne hat sich die CDU als Regierungspartei mit ihrem Bundeskanzler Helmut Kohl identifiziert. Immer wenn die CDU in der Regierungsverantwortung war, hat sie eine Kanzlerkampagne geführt. Das gehört zu ihrer Tradition und zu ihrem Selbstverständnis. Die Kanzlerkampagne war ein durchgehendes Prinzip des gesamten Wahlkampfes der CDU. Sie begann bereits im Sommer 1986 und wurde durchgehend geführt. In allen Hauptwerbemitteln wurde der Kanzler persönlich und mit seinen politischen Leistungen dargestellt: in den zwei Kandidatenzeitungen, in drei Zeitungen „Deutschland am Wochenende“, in einer Kanzler-Illustrierten sowie in den Anzeigen, den Fernsehspots, den Hörfunkspots und

den Plakaten der Schlußphase. Diese Personalisierung in der Werbekampagne wurde durch eine intensive Veranstaltungskampagne, die der Bundeskanzler durchführte, verstärkt.

Auf der Grundlage der erfolgreichen Regierungspolitik wurden in der Kanzlerkampagne insbesondere drei Argumente herausgestellt:

1. Die Erfolge und Leistungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Deutschland- und Außenpolitik: Damit hat Helmut Kohl die deutsche Politik aus der Krise herausgeführt.
2. Leistungswille, neue Zuversicht und Hoffnung prägten wieder das Bewußtsein der Deutschen stärker als Angst und Pessimismus. Dieser neue Schwung war ein wichtiger Schritt zur Erneuerung der deutschen Politik unter Bundeskanzler Helmut Kohl.
3. Deutschland nimmt Kurs auf das Jahr 2000. Die Regierung Helmut Kohl lenkt die Energien bewußt in Richtung Zukunft.

In der Kanzlerkampagne hat der Parteivorsitzende in 61 Großveranstaltungen die politische Richtung, die seine Regierung in den letzten vier Jahren entwickelt und verwirklicht hat und die sie in den nächsten vier Jahren fortsetzen will, dargestellt und begründet.

### 1.5 Angriffskampagne

Wahlkampf ist immer auch Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

In der Angriffskampagne wurde das illusorische Wahlziel einer „eigenen Mehrheit“ der SPD aufgedeckt; dem Bürger wurde die wachsende Affinität der SPD gegenüber grünen Programmpositionen nachgewiesen. Die Forderungen der Grünen sowie deren Auswirkungen auf den äußeren und inneren Frieden sowie auf Wohlstand unseres Landes mußten dem Wähler deutlich vor Augen geführt werden. Die Angriffskampagne mündete in den Schluß-Slogan „Zukunft statt rot-grün“, der die SPD zusammen mit den Grünen als Gefahr für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnete.

## 2. Der zeitliche Ablauf

### 2.1 Offensive '87

Der Bundestagswahlkampf begann — parteiintern — am 23. September 1985 mit einer Konferenz der 251 Kreisvorsitzenden unter Leitung des Parteivorsitzenden in Bonn. Mit dieser Sitzung wurde die Kampagne „Offensive '87. Wir in der CDU für Deutschland“ eröffnet. Die „Offensive '87“ verfolgte erstens das Ziel, die Partei argumentativ mit Blick auf die Bundestagswahl auszurüsten und zu aktivieren und zweitens der Öffentlichkeit die Erfolge der Regierung Helmut Kohl darzustellen. Mit dieser Kampagne verbunden war die „Beschäftigungsaktion 10.000“, in der die örtlichen Gliederungen umfassend über die von der

Bundesregierung geschaffenen Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit und die konsequente Politik zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen informierten. Parallel dazu wurden eine „Umweltaktion“ und die Aktion „Unser Einsatz für die Menschenrechte“ durchgeführt.

Während der Sommermonate 1986 führten die CDU-Verbände Aktionen unter dem Motto „**Ein Sommer mit der CDU**“ durch, unterstützt durch zwei CDU-Sommer-Teams, die vor allem in Feriengebieten für die Politik der Regierung Helmut Kohl warben.

### 2.2 Auftaktkampagne

Mit dem Ende der Sommerferien 1986 startete die CDU ihre Auftaktkampagne zum Bundestagswahlkampf; dieser Zeitabschnitt reichte bis zum Bundesparteitag am 7.—8. Oktober in Mainz. Die Auftaktkampagne stand unter dem Motto:

„Weiter so, Deutschland  
— Stabile Preise  
— Sichere Renten  
— Mehr Arbeitsplätze  
CDU — Die Zukunft“

Mit diesem Motto hat die CDU die Leistungen der Regierung Helmut Kohl für alle („Weiter so, Deutschland“) und die Zukunftsfähigkeit der Partei („CDU — Die Zukunft“) herausgestellt. Die wichtigsten Erfolge („Stabile Preise, sichere Renten, mehr Arbeitsplätze“) wurden dabei schlaglichtartig besonders hervorgehoben. Dieser Slogan hat entscheidend dazu beigetragen, die anwachsende positive Grundströmung in der Bevölkerung zu festigen. Dieser Slogan war erfolgreich, weil die Leistungen der Bundesregierung mehr und mehr für die Bevölkerung spürbar wurden. Dieser Slogan charakterisierte schließlich die Bundestagswahl.

Durch 7.000 Großflächen und rd. 200.000 Plakate wurde die Bevölkerung auf den bevorstehenden Wahlkampf eingestimmt. Zur Unterstützung der Bundestagskandidaten wurde die erste von zwei Kandidatenzeitungen mit einer Auflage von 8 Millionen herausgegeben.

Im Rahmen der Auftaktkampagne hat die CDU im Laufe des Monats August eine öffentliche **Auseinandersetzung um die politischen Ziele der SPD** geführt. Besonders hervorgehoben wurde die außenpolitische Unzuverlässigkeit, die wirtschafts- und finanzpolitische Unfähigkeit sowie die umweltfeindliche Energiepolitik der Sozialdemokraten. Aufgrund der Beschlüsse des Nürnberger Parteitages der SPD konnte die CDU einen weiteren Linksruck belegen, der die Voraussetzungen für ein rot-grünes Bündnis schaffen sollte.

Gerade der Landtagswahlkampf in Niedersachsen hatte gezeigt, wie schnell Themen und Stimmungen im Wahlkampf wechseln können. Die CDU hat sich darauf eingestellt und setzte auf flexible Maßnahmen in

einer **redaktionellen Wahlkampf**führung. Der Wahlkampf der CDU hielt mit den Medien Schritt, er konnte deren Themen mitbehandeln und mitbestimmen. Von August 1986 bis zum 14. Januar 1987 gab die CDU-Bundesgeschäftsstelle 318 Pressemeldungen heraus und veranstaltete 45 Pressekonferenzen.

In sieben **Regionalkonferenzen** mit insgesamt 11.400 Teilnehmern wurden die Funktions- und Mandatsträger der CDU über die Wahlkampfplanung informiert.

In der Auftaktkampagne hat die CDU ihre Leistungen und ihre Kompetenz zur Lösung der zentralen politischen Probleme herausgestellt. In sieben Broschüren und zwei Faltblättern als **Verteilmittel** wurden die Argumente der CDU in hoher Auflage verbreitet.

### 2.3 Hauptwahlkampf

Aufbauend auf der Auftaktkampagne hatte die CDU mit dem Bundesparteitag in Mainz den Hauptwahlkampf eröffnet, der bis Mitte Dezember reichte. In dieser Phase ging es vor allem darum, im Dialog mit dem Bürger Kompetenz und Leistung der Bundesregierung mit den Perspektiven unserer Politik zu verbinden. Im Hauptwahlkampf wurde der **Slogan** der Auftaktkampagne ergänzt: „Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft.“ Dieses Motto verwies auf die zentrale Bedeutung der Bundestagswahl 1987, bei der eine Entscheidung gefällt wurde, die weit über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinausgeht. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch in Zukunft ein leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt. Auf dem Bundesparteitag verabschiedete die CDU ihr **Zukunftsmanifest**.

Der Slogan hob aber zugleich auch die Fähigkeit der CDU hervor, die künftigen Herausforderungen mit den richtigen Konzepten bewältigen zu können. Umfragen belegen, daß es der CDU gelungen war, die Kompetenz für die Zukunftsgestaltung zu gewinnen.

In **acht Zielgruppenveranstaltungen** mit über 50.000 Teilnehmern hatte sich in dieser Zeit die CDU an wichtige Bevölkerungsgruppen (Landwirte, Frauen, Senioren, Mittelstand, Jugend, Arbeitnehmer) gewandt und mit ihnen über die Gestaltung der Zukunft diskutiert. Diese Veranstaltungen wurden durch zielgruppenspezifische Zeitungen und Anzeigen unterstützt. Über **Anzeigen** in überregionalen Tageszeitungen und politischen Wochenzeitschriften wurden darüber hinaus ganz gezielt Meinungsbildner und Multiplikatoren angesprochen. Neben zahlreichen Infor-

mationsmaterialien, wie z.B. dem „Handbuch für die politische Argumentation“, standen eine Illustrierte über Bundeskanzler Helmut Kohl und eine zweite Kandidatenzeitung zur Verfügung.

### 2.4 Wahlkampfpause

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundestagswahlkämpfe wurde Mitte Dezember 1986 der Wahlkampf unterbrochen, um die Weihnachtszeit von politischen Auseinandersetzungen freizuhalten. Durch ein auf die Jahreszeit abgestimmtes Plakat „Frohe Zukunft“ blieb die CDU allerdings in der Öffentlichkeit präsent.

### 2.5 Schlußphase

Am 4. Januar 1987 trat die CDU mit einer **Großveranstaltung in Dortmund** in die Schlußphase des Wahlkampfes ein. Zu 60.000 Teilnehmern sprachen u.a. Bundeskanzler Helmut Kohl, der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß und Generalsekretär Heiner Geißler. In dieser Entscheidungsphase wurde der Wähler vor die Alternative gestellt, ob eine unionsgeführte Bundesregierung den begonnenen erfolgreichen Kurs fortsetzen kann oder ob durch ein rot-grünes Bündnis Deutschland zweitklassig wird.

In der sog. „heißen Wahlkampfphase“ wurde die eigentliche Entscheidungsalternative der Bundestagswahl durch den **Slogan** herausgestellt: „Weiter so, Deutschland. Zukunft statt rot-grün.“ Dieser Slogan deckte auf, daß SPD und Grüne nur zusammen eine Regierung bilden könnten, wenn sie dazu am 25. Januar eine Mehrheit bekämen. Die phantastisch-absurde Behauptung der SPD, die absolute Mehrheit erringen zu können, sollte von dem eigentlichen Wahlkampfziel einer rot-grünen Mehrheit ablenken. Der Slogan verdeutlichte zugleich, daß es um die Alternative zwischen Fortschritt und Rückschritt ging, um die Bewältigung der Zukunftsaufgaben oder um den Rückfall in die Krisen der 70er Jahre.

Parallel zu diesem Slogan wurde ein Plakat mit Bundeskanzler Helmut Kohl geklebt, das den Titel „Entscheidung für Deutschland“ trägt.

Die CDU hatte besondere Anstrengungen unternommen, alle Wähler auf die fundamentale Bedeutung dieser Bundestagswahl aufmerksam zu machen. Darüber hinaus wurden die Wähler nachdrücklich über die Bedeutung der Zweitstimme informiert. Angesichts der winterlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Bundestagswahl wurde auch verstärkt auf die Möglichkeit der Briefwahl hingewiesen.

## C. Veranstaltungen

Mit Ihren Veranstaltungen erreichte die CDU-Bundespartei während des Zeitraums Oktober 1986 — Januar 1987 insgesamt ca. 1,2 Millionen Menschen **direkt**. Allein ca. 600.000 erlebten den Bundeskanzler auf Großkundgebungen und Wahlkampfreisen „live“.

### 1. Regionalkonferenzen

Den Auftakt der innerparteilichen Mobilisierungsphase bildeten sieben Regionalkonferenzen mit Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und Bundesgeschäftsfüh-

rer Peter Radunski in den Monaten August 1986 und September 1986; an der Konferenz in Neumünster (23.08.1986) nahm auch der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl teil. Zu diesen Regional-konferenzen wurden Mandats- und Funktionsträger der jeweiligen Region eingeladen.

	<i>Teilnehmer</i>
<b>16.08.1986</b>	
Regionalkonferenz	
LV Rheinland-Pfalz und Saar	
Trier, Europahalle	1.800
<b>23.08.1986</b>	
Regionalkonferenz	
LV Schleswig-Holstein und Hamburg	
Neumünster, Holstenhalle	5.000
<b>05.09.1986</b>	
Regionalkonferenz	
LV Niedersachsen und Bremen	
Osnabrück, Stadthalle	2.000
<b>12.09.1986</b>	
Regionalkonferenz	
LV Baden-Württemberg	
Sindelfingen, Stadthalle	1.700
<b>16.09.1986</b>	
Regionalkonferenz	
LV Nordrhein-Westfalen I	
Bezirksverbände Ostwestfalen-Lippe, Münsterland, Sauerland und Siegerland	
Langenberg, Mehrzweckhalle	1.400
<b>26.09.1986</b>	
Regionalkonferenz	
Nordrhein-Westfalen II	
Bezirksverbände Aachen, Bergisches Land, Mittel- und Niederrhein	
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	400
<b>27.09.1986</b>	
Regionalkonferenz	
Nordrhein-Westfalen III	
Bezirksverband Ruhrgebiet	
Essen, Saalbau	1.500

## 2. Bundesparteitag, 6.—8. Oktober 1986

Mit insgesamt 2.000 Teilnehmern (darunter mehr als 1.000 Journalisten) war der Bundesparteitag auch ein Mediengroßereignis. Dazu zählte auch, daß die gesamte Beschallung inklusive Tonverteilung für Rheingoldhalle, Nebenhallen und Büros übernommen wurde. Hinzu kam die Bildübertragung aus dem Plenarsaal.

## 3. Zielgruppenveranstaltungen

Auf insgesamt acht Zielgruppenveranstaltungen sprachen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Generalsekretär Dr. Heiner Geißler. Diese Veranstaltungen wurden von mehr als 50.000 Teilnehmern besucht. Vor allem die Jugendveranstaltung (20.000 Teilnehmer) und die Frauenveranstaltung (9.000 Teilnehmer) fanden ein herausragendes Interesse.

	<i>Teilnehmer</i>
<b>11.10.1986</b>	
Zielgruppenveranstaltung	
Ländlicher Raum	
Oldenburg, Weser-Ems-Halle	4.500
<b>05.11.1986</b>	
Zielgruppe Senioren-Mitte	
Koblenz, Rhein-Mosel-Halle	3.000
<b>08.11.1986</b>	
Zielgruppe Frauen	
Offenburg, Oberrheinhallen	8.000
<b>15.11.1986</b>	
Zielgruppe Mittelstand	
Düsseldorf, Stadthalle	3.000
<b>22.11.1986</b>	
Zielgruppe Jugend	
Köln, Messe-West, Hallen 6 — 8	20.000
<b>26.11.1986</b>	
Zielgruppe Senioren	
Hannover, Eilenriedehalle	3.500
<b>3.12.1986</b>	
Zielgruppe Senioren-Süd	
Freiburg, Stadthalle	2.000
<b>13.12.1986</b>	
Zielgruppe Arbeitnehmer	
Stuttgart, Messehalle 4	7.000

## 4. Auftaktveranstaltung Dortmund

Mit einem großen „Deutschlandtreffen“ am 4. Januar 1987 in der Dortmunder Westfalenhalle eröffnete die CDU die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Mehr als 60.000 Teilnehmer kamen zu dieser ganztägigen Großveranstaltung in 15 Sonderzügen und 331 Bussen nach Dortmund.

Die CDU präsentierte sich auf diesem Deutschlandtreffen als große, moderne, weltoffene, familienfreundliche und heimatverbundene Volkspartei. Neben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sprachen auch Franz-Josef Strauß, Heiner Geißler, Norbert Blüm und Kurt H. Biedenkopf. Die Programmpalette reichte in sechs Hallen vom Nordrhein-Westfalen-Treff mit Wuppertaler Schwebbahn und eigener Münzprägestätte bis hin zum Kinderfest mit Karussell und Jongleuren, von Spielmannszügen und Folkloregruppen aus allen deutschen Regionen bis hin zu Video-Disco-Show mit britischen Rock-Bands wie Showaddy-waddy, Searchers und Tremeloes.

Das Programm der Haupthalle 1 wurde über sieben Video-Großleinwände in alle anderen Hallen übertragen.

## 5. Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, absolvierte während des gesamten Wahlkampfes 61 Großveranstaltungen und erreichte dabei direkt ca. 600.000 Menschen. Er legte dabei insgesamt 250.000 km zurück.

Noch vor dem Beginn des Hauptwahlkampfes hatte er bei einer Bäderreise durch Schleswig-Holstein (22. Juli 1986) und einer Bayernreise (29. August 1986) fast 100.000 Menschen direkt erreicht.

Allein über diese Veranstaltungen wurde in mehr als 60 Radio- und Fernsehmeldungen sowie mehr als 200 Artikeln berichtet.

Während aller Großveranstaltungen mit dem Bundeskanzler bestanden für insgesamt mehr als 1.000 Journalisten Mitreise- und Arbeitsmöglichkeiten. Für die Journalisten stand erstmalig an jedem Veranstaltungsort ein Kommunikationszentrum der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung. Dieses Zentrum verfügte über Telefon- und Teletexanschluß und war mit einem Wang-PC und Kopiergerät ausgestattet, so daß jederzeit Meldungen druckfertig in die Redaktionen übermittelt werden konnten.

## 6. Bundesrednereinsatz

Mehr als 5.000 Rednereinsätze wurden von der Bundesgeschäftsstelle zwischen Oktober 1986 und Januar 1987 zentral gesteuert. Allein mehr als 3.000 fielen in die Wahlkampf-Endspurtphase seit Anfang Januar. Alle Mitglieder von Bundespräsidium und Bundesvorstand, die Bundesminister und Parl. Staatssekretäre sowie die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse und Fraktionsarbeitskreise — rund 100 Politikerinnen und Politiker — wirkten an diesen Veranstaltungen mit. Neben der üblichen Vortragsveranstaltung wurden vor allem Zielgruppen und Redaktionsgespräche (mehr als 500) vermittelt.

Aufgrund der Nutzung des CDU-Kommunikationsnetzes und der darin integrierten Computersysteme war die Abwicklung dieses Rednereinsatzes mit äußerst geringem Personalaufwand möglich.

Durch die Bundesgeschäftsstelle wurden zu 384 Veranstaltungen Tonbusse eingesetzt, die dabei über 148.000 km zurückgelegt haben. Zu 1.856 Veranstaltungen wurde durch die Bundesredner der Zentrale Fahrereinsatz mit 52 Fahrzeugen in Anspruch genommen. Hierbei wurden über 1.500.000 km zurückgelegt.

Die Pressearbeit der Partei wurde im Rahmen des Bundesrednereinsatzes ebenfalls durch speziell ent-

wickelte Software für die Verwaltung von Presseverteilern intensiviert. Erstmals war somit die Direktansprache der Regional- und Lokalpresse durch die Bundesgeschäftsstelle möglich.

Insgesamt wurden Regional- und Lokalpresse zu mehr als 5.000 Bundesrednerterminen über einen mehr als 7.000 Adressen umfassenden Redaktionsanschriftenverteiler eingeladen und mit Foto- und biographischem Material über die Bundesredner ausgestattet. Eine regelmäßig erscheinende Sonder-Presseschau belegte die Wirksamkeit dieser zentralen Ansprache.

## 7. CDU-Kommunikationsnetz

Der gezielte Abruf politischer und wahlkampfrelevanter Textinformationen aus der CDU-Info-Datenbank, in der inzwischen rund 1.000 Dokumente erfaßt und über Schlagworte beschrieben sind, erleichterte die Argumentation im Wahlkampf. Außerdem wurde über das CDU-Kommunikations-Netz die Benutzung der dpa-Nachrichtenbank und damit der Zugriff auf eine Vielzahl weiterer Informationen möglich. Alle relevanten aktuellen Meldungen der letzten zwei Jahre — und zwar auch regionalisiert auf die Landesdienste — standen jederzeit über das Netzwerk zur Verfügung.

Die Steuerung von Auslieferungen und Beständen der Wahlkampfwerbemittel über das Versandzentrum in Versmold erfolgte ebenfalls mit eigenen Programmen über das CDU-Computer-System.

Durch die Programmierung verschiedener Schnittstellen zwischen den Verwaltungsprogrammen für CDU-Mitglieder bzw. spezielle Zielgruppen und der Textverarbeitung wurde es möglich, im größeren Rahmen Direct-Mail-Aktionen mit über 900.000 Aussendungen durchzuführen.

Die persönliche Ansprache des Wählers über gezielte Briefaktionen konnte damit und durch die Verwendung modernster Laserdrucker gewährleistet werden.

Darüber hinaus brachte die dezentrale Einrichtung eigener Computer-Systeme in den einzelnen Verbänden der Partei ein Mehr an Schlagkraft im Wahlkampf und an Flexibilität. Die Vorteile dieses Verbundsystems kamen der gesamten CDU zugute und waren Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf.

## D. Werbliche Wahlkampfführung

Die werbliche Wahlkampfführung hatte vor allem in der heißen Phase des Wahlkampfes drei Schwerpunkte:

- Anzeigenkampagne
- Die Zeitung „Deutschland am Wochenende“
- Plakatierung

### 1. Anzeigen

#### 1.1 Anzeigenkampagne im Hauptwahlkampf

Um den Erfordernissen einer aktuellen Wahlkampfführung im Winter gerecht zu werden, lag ein Schwer-

punkt des Wahlkampfes auf einer aktuellen, breit gestreuten Anzeigenkampagne. Dabei kam es sowohl darauf an, die Erfolge der Regierung Helmut Kohl an aktuellen Beispielen darzustellen als auch den Angriff auf den politischen Gegner zu führen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle schaltete aus diesem Grund acht Anzeigen in allen regionalen Tageszeitungen. Zusätzlich wurden Anzeigen geschaltet in den überregionalen Tageszeitungen, Kaufzeitungen (z.B. Bild), Wochenzeitungen und Sonntagszeitungen:

Die Anzeigen beinhalteten folgende Themen:

- 1987 — Deutschland wählt seine Zukunft
- Zukunft statt Rot-Grün
- Wenn Sie weiter eine sichere Rente haben wollen
- Wenn Sie wirklich etwas für die Umwelt tun wollen
- Wenn Sie weniger Steuern zahlen wollen
- Harte DM
- Außenpolitik
- Beide Stimmen für die CDU

In allen Anzeigen wurde um „Beide Stimmen für die CDU“ geworben, mehrfach erfolgten Hinweise auf die Briefwahl.

Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde darüber hinaus in einer Reihe ausgewählter Tageszeitungen in Ballungszentren die Illustrierte „Kanzler der Mitte“ beigelegt.

### 1.2 Zielgruppenkampagnen

Mit spezifischen Kampagnen wurden bereits ab Ende Oktober bis Ende Dezember die Zielgruppen Frauen, Senioren und Landwirte direkt angesprochen.

#### Frauenkampagne

An die Zielgruppe Frauen richtete sich eine Anzeigenserie, die in zielgruppenspezifischen Zeitschriften, wie z.B. „BRIGITTE“, „FÜR SIE“, „PETRA“, „COSMOPOLITAN“, „TINA“, „BELLA“, „BILD der FRAU“ geschaltet wurde.

In vier Motiven wurden vor allem folgende Themenbereiche behandelt:

- neue Partnerschaft
- Wiedereingliederung in den Beruf
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Anerkennung der Frau in der Familie

#### Seniorenkampagne

Die Zielgruppe Senioren wurde mit einer eigenen Anzeigenkampagne in von diesem Personenkreis besonders genutzten Zeitschriften, wie z.B. „Bunte“, „Neues Blatt“, „Neue Post“, „Frau im Spiegel“, „Goldenes Blatt“, „TV-Hören und Sehen“ angesprochen.

Im Mittelpunkt der drei Anzeigenmotive dieser Kampagne standen Themen wie

- Sichere Rente
- Geborgenheit im Alter
- Anerkennung der Aufbauleistung der älteren Generation durch unsere Politik

#### Kampagne für Landwirte

Den Zeitungen der Landwirtschaftspresse wurde im Dezember ein 4-seitiger Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl beigelegt, der eine umfassende Bilanz der Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung enthielt und die künftigen Schwerpunkte erläuterte.

### 1.3 Meinungsbildnerkampagne

In überregionalen Tages- und Wochenzeitungen wurden von Mitte November bis Mitte Dezember Meinungsbildner gezielt angesprochen. Zu einer breiten Palette aktueller Themen wurde den Lesern die Position der CDU verdeutlicht. Das in den Anzeigen enthaltene Angebot weiterer Informationen wurde stark genutzt.

Die Motive:

- CDU-Erfolg in Hamburg
- Sichere Zukunft oder unsichere Zeiten.
- Sie haben die Wahl.
- Stabile Preise sind die beste Sozialpolitik.
- Wir machen der Jugend wieder Mut.
- Wie will die SPD eigentlich bezahlen, was sie alles verspricht?
- Höchster Zuwachs der Arbeitnehmereinkommen seit 12 Jahren.
- Wir wollen Fortschritt, der den Menschen dient.
- Wir senken die Steuern, damit Leistung sich wieder lohnt.
- Nr. 1 im Export. Weiter so, Deutschland.
- Wir greifen durch beim Schutz unserer Gewässer.
- Frieden und Freiheit gehören zusammen.
- Mit uns für eine gute Zukunft.
- Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft. CDU
- Entscheidung für Deutschland.
- Es kommt auf jede Stimme an.
- CDU. Schon jetzt an Briefwahl denken.

### 2. Deutschland am Wochenende

Wichtigste Neuerung im redaktionellen Wahlkampf der CDU-Bundesgeschäftsstelle war die dreimalige Herausgabe der aktuellen Wochenzeitung „Deutschland am Wochenende“ an den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes. Bundesweit betrug die Auflage von „Deutschland am Wochenende“, die neben den Bundesseiten auch Regionalseiten enthielt und an 13 Druckorten gedruckt wurde, 15 Millionen Exemplare pro Ausgabe. Die Herausgeber waren Heiner Geißler und Peter Radunski, Chefredakteur war Walter Brückmann.

Das 16-seitige Wochenblatt wurde im Stil einer modernen Kaufzeitung gestaltet. Sie bot eine bunte Mischung aus politischen Informationen, Berichten über „große Tiere“ der Politik und „Menschen wie Du und ich“, über Sport und Unterhaltung. Rätselfreunde fanden „Futter“, und auch das Fernsehprogramm fehlte nicht. In kurzen Artikeln wurden, von aktuellen Anlässen ausgehend, die wesentlichen politischen Aussagen der CDU erläutert. Insbesondere über die Headlines („Dauerhafte Steuersenkung 1.000 DM“, „Wirtschaft läuft — DM super“) konnten zentrale Botschaften vermittelt werden.

Nach Redaktionsschluß am Donnerstagnachmittag wurde die Zeitung Donnerstagnacht gedruckt und freitags in den Kreisverbänden angeliefert. Über

90.000 Mitglieder der CDU beteiligten sich an der Verteilung, die von Freitag nachmittag bis Samstag nachmittag erfolgte.

Zum ersten Mal wurde das Zeitungsprojekt im Mai/Juni im Landtagswahlkampf in Niedersachsen mit Erfolg durchgeführt. Auch bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg trug die Zeitung zum guten Ergebnis der CDU bei.

### 3. Plakatierung

#### 3.1 Kommerzielle Plakatierung

Die kommerzielle Plakatierung umfaßte drei Phasen: die Plakatierung in der Auftaktphase, die Phase der Sympathiewerbung vor Weihnachten und den Hauptwahlkampf im Januar.

Bereits Ende August/Anfang September wurde im Rahmen der Auftaktkampagne eine erste kommerzielle Plakatierung mit dem Plakat „Weiter so, Deutschland/Stabile Preise/Sichere Renten/Mehr Arbeitsplätze“ durchgeführt.

Ab Ende Dezember begann die kommerzielle Großflächenplakatierung bis zum Wahltag. Sie umfaßte die Belegung von ca. 50.000 Großflächen in den ersten beiden Dekaden im Januar '87. Ebenfalls wurden in der letzten Dekade ca. 4.000 Ganzstellen belegt.

Die Großflächen zeigten zwei Motive

- Sloganplakat: Zukunft statt Rot-Grün
- Kanzlerplakat: Entscheidung für Deutschland

Slogan- und Kanzlerplakat stellten die beiden Grundaussagen des CDU-Wahlkampfes klar heraus: erstens die Richtungsentscheidung und zweitens die Kompetenz des Bundeskanzlers.

Diese beiden Plakate lösten die Phase weihnachtlicher Sympathiewerbung ab, während der mit dem Motiv eines kleinen Mädchens im Schnee „Frohe Zukunft“ gewünscht wurde.

#### 3.2 Parteiplakatierung

Alle Motive der kommerziellen Plakatierung standen auch den Gliederungen der Partei für ihre örtlichen Aktivitäten zur Verfügung.

In der Hauptwahlkampfphase wurden insgesamt ca. 700.000 Plakate in den Größen DIN A 0 und DIN A 1 auf Plakatständern der CDU geklebt.

#### 3.3 Plakatüberkleber „Zweitstimme“

Um die besondere Bedeutung der Zweitstimme für den Einfluß der CDU auf die Regierungsarbeit allen Bürgern deutlich vor Augen führen zu können, gab es in der heißen Phase des Wahlkampfes Überkleber für kommerzielle Plakate sowie Parteiplakate mit der Aufschrift:

„Beide Stimmen für die CDU.“

### 4. TV- und Hörfunkspots

Für die insgesamt 28 Sendetermine in ARD, ZDF, SAT 1 und RTL-plus hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle fünf unterschiedliche TV-Spots produziert.

Im Mittelpunkt standen neben Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesminister Süßmuth, Blüm und Stoltenberg sowie Generalsekretär Heiner Geißler.

Neben der thematisch-inhaltlichen Kompetenz der CDU in allen wichtigen Politikbereichen wurde damit auch die herausragende und vom politischen Gegner nicht darstellbare personelle Kompetenz der CDU herausgestellt.

Dem sehr persönlich gehaltenen Statement der jeweiligen Politiker schloß sich in jedem Spot der Hinweis auf beide Stimmen und die Möglichkeit der Briefwahl an.

Die Hörfunkspots der CDU präsentieren unter dem Einstieg „Deutschland aktuell“ ebenfalls aktuelle Statements der obigen Politiker sowie von Minister Wallmann. Neben einer „Erfolgshitparade“ der politischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl stand die Werbung um beide Stimmen.

Zusätzlich zu den Sendeterminen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten belegte die CDU Sendetermine bei Radio Schleswig-Holstein, FFN Niedersachsen und Rheinland-Pfalz-Radio.

### 5. Verteilmittel

#### 5.1 Massenverteilmittel

##### *Deutschland am Wochenende*

Das herausragende Massenverteilmittel des Hauptwahlkampfes war die Wochenzeitung „Deutschland am Wochenende“. Drei Ausgaben zu je 15 Mio Auflage wurden von über 90.000 Helfern der CDU in die Haushalte zu den Bürgern gebracht.

##### *CDU extra*

Bereits seit Beginn des Jahres 1986 hatten die Verbände der CDU in unregelmäßigen Abständen in hoher Auflage aktuelle, im Stil von Kaufzeitungen gestaltete Zeitungen „CDU extra“ zur Verteilung erhalten. Diese Form aktueller Information wurde ebenfalls für die Gestaltung der zwei Kandidatenzeitungen gewählt, die in den Monaten August und November produziert und verteilt wurden.

Die Gesamtauflage der ersten Kandidatenzeitung betrug über 8 Mio Exemplare.

Die Gesamtauflage der zweiten Kandidatenzeitung betrug über 11 Mio Exemplare.

Auch wichtige Zielgruppen wurden, vor allem auf den Zielgruppenveranstaltungen, durch die Herausgabe von Sonderausgaben „CDU extra“ direkt angesprochen:

- Frauen
- Senioren



- Landwirte
- Jugend
- Arbeitnehmer

#### *Kanzler-Illustrierte*

„Kanzler der Mitte“ hieß eine 16-seitige Illustrierte, die über die Politik und Person des Bundeskanzlers informierte und als Massenverteilungsmittel ab dem Bundesparteitag im Oktober der Partei zur Verfügung stand.

#### *Faltblätter „Plus“/„Minus“*

Zur Information über die wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl und zur Auseinandersetzung mit der Minusbilanz der Opposition standen den Verbänden zwei Faltblätter zum Verteilen zur Verfügung.

- Weiter so, Deutschland / 20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl
- Die 20 Minuspunkte der SPD

Besonders das Faltblatt „20 Pluspunkte“ wurde zu einem „Renner“ und mußte mehrfach nachproduziert werden.

#### *Briefwahlprospekt*

Um die Wähler möglichst frühzeitig und umfassend über Bedeutung und Möglichkeit der Briefwahl zu informieren, wurde bereits vor Weihnachten ein informativer Briefwahlprospekt, der zugleich ein Antragsformular enthielt, veröffentlicht.

#### *Türanhänger*

Als letzte Erinnerung am Wahltag selbst diente der Türanhänger „Zukunft statt Rot-Grün/Am Sonntag beide Stimmen für die CDU“.

### **5.2 Informations- und Argumentationsmaterial**

Zum Wahlkampfauftakt wurden auf dem Bundesparteitag im Oktober 1986 die Materialien für den Wahlkampf vorgestellt. In Inhalt und Gestaltung knüpften diese Materialien an die im Herbst 1985 begonnene und nach Ostern 1986 fortgesetzte „Offensive '87“ an. In sechs Broschüren wurde die Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl ausführlich dargestellt:

- Wir lieben Kinder/Für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft
- Aufschwung sichert die Zukunft/Steigende Einkommen, Stabile Preise, Mehr Arbeitsplätze
- Aus Liebe zur Heimat/Natur- und Umweltschutz für eine lebenswerte Zukunft
- Freiheit und Sicherheit für alle/Den Bürger schützen — Den inneren Frieden erhalten
- Sicher und Geborgen/Sozialpolitik mit Herz und Verstand
- Frieden und Freiheit/Die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Regierung Helmut Kohl

Fundierte Argumente zur Auseinandersetzung mit der SPD lieferte eine gesonderte Broschüre:

- Betrifft: SPD / Minusbilanz der Opposition

Zur eigenen Information der CDU-Mitglieder und Wahlkämpfer diente das „Handbuch für die politische Argumentation/Zahlen-Daten-Fakten“.

Der wöchentlich erscheinende UiD war das zentrale innerparteiliche Informationsmedium, das alle Wahlkämpfer mit den politischen Argumenten versorgte und sie über die Wahlkampfmaßnahmen und die Wahlkampfwerbemittel informierte.

Seine Auflage wurde ab Ende August 1986 bis zum Wahltag von ca. 24.000 auf ca. 40.000 Exemplare erhöht und auch der Umfang wurde wesentlich erweitert.

Der UiD fungierte in diesem Wahlkampf als Wahlkampf-Informationsdienst, Maßnahmen-Katalog und Werbemittel-Katalog.

Auf diese Weise konnte er den redaktionellen Wahlkampf durch ständige aktuelle Argumentationshilfen, Aktionsvorschläge und Informationen über die neuesten Werbematerialien wirkungsvoll unterstützen.

### **5.3 Sympathiewerbemittel, Poster, Aufkleber**

#### **Sympathiewerbemittel**

Im Dezember mußte der Bundestagswahlkampf den besonderen Gegebenheiten der Vorweihnachtszeit gerecht werden, in der kein harter, politischer Wahlkampf geführt werden konnte. Diesen besonderen Anforderungen trug die Bundesgeschäftsstelle mit einem Angebot weihnachtlich gestalteter Sympathiewerbemittel Rechnung. Dazu gehörten:

- Liederbuch, mit traditionellen Weihnachtsliedern
- Puzzle, mit einem winterlichen Motiv
- Weihnachtspostkarten (vier Motive)

Diese weihnachtlichen Werbemittel setzen die Reihe von Sympathiewerbemittel fort, mit denen im Verlauf des Jahres wichtige politische Bereiche, wie z.B. Familienpolitik und Umweltschutz werblich begleitet wurde.

#### **Angriffsposter**

Mit sechs Angriffspostern wurde die SPD „gut getroffen“:

- Mehr Bürokratie für alle. ROT-GRÜN
- Leistung muß endlich wieder bestraft werden
- Nieder mit dem Aufschwung. ROT-GRÜN
- Versöhnen statt spalten
- Der Schwanz wedelt mit dem Hund, kommt rot-grün im Bund
- Weniger für alle.

#### **Aufkleber**

Auch im Winterwahlkampf unentbehrlich sind Aufkleber und Buttons:

- Weiter so, Deutschland
- Stop für rot-grün
- Zukunft statt Rot-Grün

## 6. Neue Wahlkampfformen

Bewährte Wahlkampfformen entwickeln sich weiter; neue, mancherorts bereits erprobte kommen ins Gespräch. In einer aktuellen praxisorientierten Broschüren-Serie zeigte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf, wie sich CDU-Verbände und einzelne CDU-Mitglieder nachhaltig und erfolgreich im Wahlkampf für die Ziele der CDU engagieren können.

Die Broschüren enthalten Vorschläge für folgende Aktionen:

- Telefoncanvassing
- Nachbarschaftstreffen
- Messen und Ausstellungen
- Die CDU ist dabei — Mitmachen bei Veranstaltungen anderer
- Canvassingaktionen
- Winterwahlkampf

Als sehr erfolgreich erwiesen sich die Vorschläge für Telefon-Canvassing-Aktionen. In über 50 CDU-Verbänden wurden Telefonaktionen mit unterschiedlichsten Schwerpunkten durchgeführt, u. a.

- Mobilisierung der Mitglieder für die Mitarbeit im Winterwahlkampf
- Einladungswesen für Veranstaltungen aller Art
- Informationen über Fahrdienst am Wahltag
- Möglichkeit der Beteiligung zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 per Briefwahl
- Telefonaktionen mit Politikern

Ebenfalls auf großes Interesse ist in der Partei die Anregung zur Durchführung von Nachbarschaftstreffen gestoßen.

## 7. Kandidatenservice

Der Kandidatenservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle setzt für die Wahlkreiskandidaten ab dem Zeitpunkt der Nominierung ein. Den Kandidaten steht ein speziell für sie eingerichtetes Kandidatentelefon zur Verfügung. Der Kandidatenservice umfaßte darüber hinaus:

### Verteilmittel

Der Wahlkampf der Kandidaten, der vor allem in den Monaten nach der Sommerpause bis Weihnachten seinen Schwerpunkt hatte, wurde vor allem durch zwei

Kandidatenzeitungen in hoher Grundausrüstung unterstützt:

- Kandidatenzeitung 1 ab Mitte August, mit ausführlichem Teil des jeweiligen Wahlkreiskandidaten; Grundausrüstung 15.000 Exemplare/Wahlkreis. Die Gesamtauflage der ersten Ausgabe betrug über 8 Mio Exemplare.
- Kandidatenzeitung 2 im November, ebenfalls mit großem Kandidatenteil; Grundausrüstung 30.000 Exemplare/Wahlkreis; Gesamtauflage über 11 Mio Exemplare.

### Fotoservice

Allen Kandidaten wurde die Möglichkeit angeboten, sich auf Kosten der Bundesgeschäftsstelle von einem Portraitfotografen fotografieren zu lassen. Hierzu wurden den Kandidaten zentrale Fototermine in Bonn angeboten.

### Kandidatenplakat

Die Bundesgeschäftsstelle erstellte ein Rahmenplakat und führte, auf Wunsch und gegen Abrechnung, den Druck von Kandidatenplakaten durch.

### Kandidaten-Kleinwerbmittel

Den Kandidaten wurden spezielle Kleinwerbmittel angeboten:

- Streichholzbriefchen
- Autogrammpostkarten
- Aufkleber
- Heftplasterset

### Teamwerbmittel

Diejenigen Kandidaten, die ein Kandidatenteam hatten, konnten bei der Bundesgeschäftsstelle „Team-Kleidung“ bestellen: T-shirts, Sweat-shirts, gefütterte Anoraks.

### Informationsservice

Die Kandidaten, ihre Wahlkampfbeauftragten und die zuständigen Kreisgeschäftsführer erhielten laufend aktuelles Informationsmaterial zu wichtigen politischen Fragen. Zusätzlich erhielten sie weitere Dienstleistungen, wie z. B. Vorschläge für Zielgruppenbriefe und Druckvorlagen für Rahmenanzeigen.

# II. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

In zunehmendem Ausmaß wird die Bundesgeschäftsstelle von den wahlkampf führenden Landesverbänden in die Landtagswahlkämpfe eingebunden. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß politische Ereignisse auf der Ebene des Bundes stärker als früher die Wahlkampfauseinandersetzungen in den Ländern beeinflussen.

Der Service der Bundesgeschäftsstelle zur Unterstützung von Landtagswahlkämpfen umfaßt vornehmlich folgende Bereiche:

- Die Leistungen der CDU-geführten Bundesregierung für das jeweilige Bundesland werden dargestellt.
- Bundespolitische Aspekte des Landtagswahlkampfes werden erläutert, um die Kongruenz der politischen Argumentation in Bund und Ländern sicherzustellen.
- Organisation des Einsatzes von Bundesrednern, insbesondere des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs.
- Technische Hilfestellungen durch Fahrer- und Tonbuseinsätze
- Hilfestellung bei der Produktion von Flugblättern und Zeitungen.

Die Bundesgeschäftsstelle stellte den wahlkampf führenden Landesverbänden Argumentationsmaterialien zu allen wahlkampfrelevanten Themenbereichen zur Verfügung. In vielen Fällen wurden gründliche Analysen der Landtagswahlprogramme der politischen Gegner erarbeitet. Aktuelle politische Ereignisse wurden zur Information der Wahlkämpfer dargestellt und erläutert. Für Wahlkampfzeitungen wurden Basisartikel geliefert. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zusammenarbeit zwischen den wahlkampf führenden Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle reibungslos und äußerst effizient verläuft.

## 1. Hessen

An den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes wurde von der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine aktuelle, 16-seitige Zeitung „Hessen am Wochenende“ erstellt, die jeweils in rund 1,9 Millionen Exemplaren durch eine landesweite, flächendeckende Verteilerorganisation aus rund 10.000 CDU-Mitgliedern an die hessischen Haushaltungen verteilt wurde.

Die Zeitungen waren, wie bereits im Bundestagswahlkampf, Hauptträger der aktuellen politischen Auseinandersetzung in der Schlußphase des Wahlkampfes und trugen damit wesentlich zur Mobilisierung von Partei und Wählerschaft bei.

Mit den tagesaktuellen Schlagzeilen dieser Zeitungen konnte die Aufmerksamkeit breiter Leserkreise geweckt werden. Es gelang mit diesen Schlagzeilen zugleich, die Angriffe auf den politischen Gegner griffig zu formulieren: Die Schlagzeilen in Hessen lauteten:

- Schluß mit dem Hick-Hack
- SPD Krach ohne Ende
- Helmut Schmidt greift Krollmann an

Auf 13 regionalisierten Kandidatenseiten in den beiden letzten Ausgaben vor der Wahl wurden die einzelnen Kandidaten der unterschiedlichen Wahlkreise ausführlich vorgestellt.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Hessen hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, folgende Wahlkampfveranstaltungen absolviert:

11. 03. 1987: Wiesbaden	3.000 Teilnehmer
20. 03. 1987: Korbach	1.900 Teilnehmer
: Fulda	2.500 Teilnehmer
24. 03. 1987: Darmstadt	2.400 Teilnehmer
25. 03. 1987: Wetzlar	2.000 Teilnehmer
: Nidda	2.700 Teilnehmer

Im Rahmen des Bundesrednereinsatzes wurden im Zeitraum vom 28. Februar bis zum 03. April 1987 durch 48 Bundespolitiker 155 Veranstaltungen bestritten. Hiervon wurden 124 Einsätze tontechnisch betreut. Insgesamt wurden 29.950 Rednerankündigungsplakate bestellt.

## 2. Rheinland-Pfalz

Bereits im Vorwahlkampf produzierte die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit eine 16-seitige vierfarbige illustrierte „Unser Rheinland-Pfalz“ in einer Auflage von über 1,2 Millionen Exemplaren. Auf 36 individuell gestalteten Kandidatenseiten wurden die Landtagskandidaten in Wort und Bild vorgestellt.

An den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes wurde eine aktuelle, 16-seitige Zeitung „Rheinland-Pfalz am Wochenende“ erstellt, die jeweils in rund 1,3 Millionen Exemplaren durch eine landesweite, flächendeckende Verteilerorganisation von freiwilligen Helfern der CDU an die rheinland-pfälzischen Haushaltungen verteilt wurde.

Die Schlagzeilen der drei Ausgaben von „Rheinland-Pfalz am Wochenende“ wurden von den aktuellen landespolitischen Schwerpunkten bestimmt:

- Rot-Grün vernichtet Arbeitsplätze
- Bernhard Vogel: Es geht weiter aufwärts
- Wählen gehen, Rot-Grün verhindern

Jeweils 11 unterschiedliche Regionalseiten in allen drei Ausgaben enthielten ausführliche Informationen

über die Leistungen der Landesregierung für die Region.

In Rheinland-Pfalz wurden folgende Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden durchgeführt:

28. 04. 1987:	Worms	5.000 Teilnehmer
	: Pirmasens	3.000 Teilnehmer
07. 05. 1987:	Neuwied	6.000 Teilnehmer
	: Speyer	2.000 Teilnehmer
12. 05. 1987:	Bad Kreuznach	5.500 Teilnehmer
	: Trier	6.500 Teilnehmer

43 Bundesredner waren an 121 Einsatztagen unterwegs. Diese haben 195 Veranstaltungen in der Zeit vom 07. März 1987 bis 15. Mai 1987 durchgeführt. 74 Veranstaltungen wurden wiederum tontechnisch betreut.

Über die Planungsgruppe Organisation wurden über 16.550 Rednerankündigungsplakate bestellt.

### 3. Hamburg

Bereits im Vorwahlkampf produzierte die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit eine 16-seitige vierfarbige illustrierte „Hamburg nach vorn“ in einer Auflage von 300.000 Exemplaren, in der die Berichterstattung über die Senatsmannschaft von Hartmut Perschau neben aktuellen politischen Berichten breiten Raum einnahm.

An den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes wurde „Hamburg am Wochenende“, eine aktuelle, 16-seitige Zeitung erstellt, die jeweils in rund 700.000 Exemplaren an alle Haushaltungen in Hamburg verteilt wurde.

Die vom aktuellen hamburgischen Wahlkampf geprägten Schlagzeilen lauteten:

- Perschau: Wir machen unsere Stadt wieder sicher
- Arbeitnehmer: Perschau muß jetzt 'ran
- So, jetzt ist Schluß

Bei 2 Großkundgebungen am 14.05.1987 hat der Parteivorsitzende in Hamburg-Harburg vor 5.000 Teilnehmern und in Hamburg-Altona vor 6.500 Teilnehmern gesprochen.

In der Zeit vom 03. April bis 14. Mai 1987 wurden im Rahmen des Bundesrednereinsatzes von 11 Bundespolitikern an 12 Einsatztagen 32 Veranstaltungen wahrgenommen. Hiervon wurden 9 Einsätze durch die Bundesgeschäftsstelle tontechnisch betreut.

Rednerankündigungsplakate wurden 2.000 bestellt.

### 4. Schleswig-Holstein

Mit reproduktionsfähigen Vorlagen für aktuelle Flugblätter wurde die CDU in Schleswig-Holstein in ihrem Bemühen unterstützt, jederzeit auf aktuelle bundespolitische Ereignisse reagieren zu können.

Der Parteivorsitzende hat in Schleswig-Holstein folgende Veranstaltungen bestritten:

27. 08. 1987:	Itzehoe	3.200 Teilnehmer
	: Husum	3.900 Teilnehmer
04. 09. 1987:	Plön	3.000 Teilnehmer
	: Norderstedt	2.800 Teilnehmer
05. 09. 1987:	Lübeck	5.000 Teilnehmer
	: Schwarzenbek	2.500 Teilnehmer

Durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden 232 Veranstaltungen betreut, die von 59 Bundesrednern wahrgenommen wurden. Diese waren an insgesamt 106 Tagen im Einsatz.

Bei 62 Veranstaltungen wurde die Tontechnik durch die Parteiorganisation der Bundesgeschäftsstelle gestellt.

Rednerankündigungsplakate wurden 5.350 bestellt.

### 5. Bremen

Für die letzte Woche des Wahlkampfes wurde eine aktuelle Zeitung „Bremen am Wochenende“ erstellt, die in rund 180.000 Exemplaren an über 60% der Haushaltungen in Bremen und Bremerhaven verteilt wurde.

Die Schlagzeile stellte deutlich die zentrale Wahlkampf aussage heraus:

Filz und Schulden: SPD ruiniert unsere Stadt

Am 03.09.1987 wurden öffentliche Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden in Bremerhaven und Bremen durchgeführt.

Zu beiden Veranstaltungen haben sich insgesamt knapp 10.000 Zuhörer eingefunden.

Durch den Landesverband Bremen wurden in der Zeit vom 20.08.1987 bis 11.09.1987 7 Bundesredner schwerpunktmäßig bei 15 Zielgruppenveranstaltungen eingesetzt. Für die Rednereinsätze wurden 2.500 Rednerankündigungsplakate angefordert. 6 Einsätze wurden durch die Bundesgeschäftsstelle tontechnisch betreut.

Insgesamt haben die Tonbusse im Rahmen aller Landtagswahlkampfeinsätze rund 93.000 km zurückgelegt.

Im Rahmen des Fahrereinsatzes für die Bundesredner wurden 398 Einsätze gefahren. Hierbei ergab sich eine Fahrleistung von insgesamt 281.882 km.

# III. Parteigremien

## 1. Präsidium

Das Präsidium trat während seiner Amtszeit ab dem 33. Bundesparteitag (19.—22. 03. 1985 in Essen) zu 38 Sitzungen zusammen.

Es befaßte sich während des Berichtszeitraumes schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Analyse der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen (12. 05. 1985)
- Kommunalwahlen von Schleswig-Holstein (02. 03. 1986)
- Landtagswahl von Niedersachsen (15. 08. 1986)
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit  
Beschäftigungsoffensive/Beschäftigungsförderungsgesetz
- Meinungs austausch mit Vertretern der Arbeitgeber und des DGB über Grundfragen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Wirtschaftspolitik
- Stabilitätspolitik
- Finanz- und Steuerpolitik
- Sicherung der Renten
- Hinterbliebenenreform
- Kostendämpfung im Gesundheitswesen
- Novellierung des § 116 AFG
- 34. Bundesparteitag in Mainz
- Agrarpolitisches Konzept der CDU/CSU
- § 218  
Änderung des § 200 f. RVO
- Wehrpflichtverlängerung/Zivildienstverlängerung
- Hochschulrahmengesetz
- Medienpolitik
- Tarifgestaltung im Öffentlichen Dienst
- Umweltpolitik
- Frauenpolitik

## 2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 26 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen siehe Präsidium.

Außerdem:

- Halbzeitbilanz der Bundesregierung
- Verabschiedung der medienpolitischen Grundsätze der CDU/CSU
- Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Bundesrepublik Deutschland
- 34. Bundesparteitag in Mainz
- Verhalten der IG Metall im niedersächsischen Landtagswahlkampf
- Verhältnis der Linken zur Gewalt

- Ausländerrecht
  - Asylantenfrage
  - Bekämpfung des Terrorismus
  - Bundesbaugesetz
  - Programm zur verstärkten Förderung der Spitzenforschung
  - Entwicklung in der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik
  - Europapolitik
  - Deutsch-Französische Zusammenarbeit
  - Entwicklung in der EG
  - Weichenstellung in der Agrarpolitik
  - Deutsche Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm für Weltraumforschung (SDI)
  - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1987
  - Wahlrecht für Deutsche im Ausland
  - Wahlprogramm der CDU/CSU
  - Auseinandersetzung mit den Grünen
  - DGB / Neue Heimat
  - Analyse des Bundestagswahlergebnisses vom 25.01.1987
  - Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP
  - Volkszählung
  - Abrüstungs- und Entspannungspolitik
  - Menschenrechtsfragen
  - Besuch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker
  - Vorbereitung 35. Bundesparteitag
- sowie Analysen der
- Bürgerschaftswahl von Hamburg (09.11.1986)
  - Landtagswahl Hessen (05.04.1987)
  - Landtagswahl Rheinland-Pfalz/Hamburg (17.05.1987)
  - Landtagswahl Schleswig-Holstein (13.09.1987)
  - Bürgerschaftswahl Bremen (13.09.1987)

- Kernenergiepolitik/Reaktorunfall von Tschernobyl
- Verabschiedung des Etats 1986 der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Organklage der Grünen zur Parteienfinanzierung und zur Stiftungsfinanzierung
- Finanzierung der Parteiarbeit
- Verabschiedung des Etats 1987 der Bundesgeschäftsstelle
- Einsetzung einer Organisationskommission  
Ziel: Erarbeitung eines Konzeptes für die künftigen Aufgaben der Partei sowie die Finanzierung auf allen Organisationsstufen

- Analyse des Bundestagswahlergebnisses unter Einbeziehung der Landtagswahlergebnisse von Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg
- Strategische Überlegungen für die künftige Parteiarbeit
- Vorbereitung 35. Bundesparteitag

sowie Analysen der

- Bürgerschaftswahl von Hamburg (09.11.1986)
- Landtagswahl Hessen (05.04.1987)
- Landtagswahl Rheinland-Pfalz/Hamburg (17.05.1987)
- Landtagswahl Schleswig-Holstein (13.09.1987)
- Bürgerschaftswahl Bremen (13.09.1987)

### 3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum dreimal zusammen.

09. 12. 1985

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1987
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger über die Arbeit der Fraktion
- Verabschiedung einer Resolution zur Frage der Menschenrechte
- Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Walter Wallmann über die rot-grüne Koalition in Hessen
- Genehmigung von Satzungsänderungen der Mittelstandsvereinigung von CDU/CSU
- Nominierung der CDU-Delegierten zum EVP-Kongreß 1986

05. 09. 1986

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Wahl der Mandatsprüfungskommission für den 34. Bundesparteitag
- Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 1987 (Einführung: Generalsekretär Dr. Heiner Geißler)
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger über die Arbeit der Fraktion

08.12.1986

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über die Vorbereitung der Bundestagswahl 1987
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger über die Arbeit der Fraktion
- Genehmigung von Satzungsänderungen der Jungen Union

### 4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum unter der Leitung von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski zu 26 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen:

- Vorbereitung des 34. Bundesparteitages in Mainz
- Vorbereitung und Analyse der Landtagswahlkämpfe von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und des Kommunalwahlkampfes von Schleswig-Holstein
- Auseinandersetzung mit den Grünen
- Verteilungskonzept Wochenzeitung
- Materialien zur politischen Argumentation
- Offensive '87
- 40 Jahre CDU
- Seniorenarbeit

Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1987:

- Wahlkampf-Werbung
- Analyse des Wahlverhaltens
- Wahlkampf-Strategie
- Kandidatenservice
- Regionalkonferenzen

- Zielgruppenveranstaltungen
- Kanzler-Wahlkampfeinsätze
- Bundesrednereinsatz
- Wahlrecht für Deutsche im Ausland
- Fragen der Parteiarbeit u.a. Rechenschaftsbericht, Aufgaben der hauptamtlichen Mitarbeiter
- Analyse des Bundestagswahlergebnisses
- Erfahrungsaustausch über den lokalen Privatfunk
- Arbeit der Organisationskommission
- Gründung der Senioren-Union
- Gründung einer GmbH
- Arbeit der KPV
- Vorbereitung 35. Bundesparteitag

sowie Analysen der

- Bürgerschaftswahl von Hamburg (09.11.1986)
- Landtagswahl Hessen (05.04.1987)
- Landtagswahl Rheinland-Pfalz/Hamburg (17.05.1987)
- Landtagswahl Schleswig-Holstein (13.09.1987)
- Bürgerschaftswahl Bremen (13.09.1987)

## 5. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. März 1985 bis 31. Oktober 1987 zu insgesamt 11 Sitzungen zusammen. Von den in diesem Zeitraum insgesamt anhängigen 44 Parteigerichtssachen konnten 27 Verfahren aus den Jahren 1983 bis 1986 abschließend behandelt werden; noch offen sind 17 Verfahren, von denen jedoch 7 erst nach der bisher letzten Sitzung des Bundesparteigerichts anhängig wurden. Die vorgenannten insgesamt **44 Parteigerichtssachen** umfassen

- 10 Ausschlußverfahren,
- 6 Streitigkeiten aus dem Bereich von Vereinigungen,
- 3 Anfechtungen von Kandidatenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen,
- 15 Anfechtungen parteiinterner Vorstands- und Delegiertenwahlen,
- 1 Rehabilitationsverfahren (§ 11 Ziff. 4 PGO),
- 1 Ordnungsmaßnahme,
- 1 Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung,
- 1 Streitigkeit über die Zulassung eines nicht der CDU oder CSU angehörenden Rechtsanwalts als Verfahrensbevollmächtigter bei den Parteigerichten der CDU sowie
- 6 sonstige Verfahren.

Soweit im Berichtszeitraum **27 Parteigerichtsverfahren abgeschlossen** werden konnten, wurden in

- 10 Fällen die Rechtsbeschwerden/Beschwerden/Anträge zurückgewiesen,
- 4 Verfahren die Entscheidungen von Landesparteigerichten aufgehoben und die betreffenden Parteigerichtssachen dorthin zurückverwiesen,
- 1 Fall eine vergleichsweise abschließende Regelung gefunden,

## 6. Bundesfachausschüsse

### 6.1 Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Minister Kurt Böckmann MdL  
Stellvertreter: Rolf Klein +  
Dr. Karl Miltner MdB

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Bekämpfung der Umweltkriminalität
- Beitrag des Öffentlichen Dienstes zum Abbau der Arbeitslosigkeit
- Asylrecht
- Begleitgesetze zum Datenschutz und zum inneren Frieden
- Anhörung der Polizeiverbände

Der Fachausschuß faßte folgenden Beschluß:

- Thesen zur Bekämpfung der Umweltkriminalität

- 3 Fällen die Rechtsbeschwerden in vollem Umfang als erfolgreich entschieden sowie
- 9 Verfahren nach Rücknahme des Rechtsmittels eingestellt.

Das Bundesparteigericht der CDU konnte 1985 auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken; der 9. CDU-Bundesparteitag hatte am 26. April 1960 das erste Bundesparteigericht in der Geschichte der CDU Deutschlands gewählt. Es besteht seit dem aus 5 Ordentlichen und 5 Stellvertretenden Mitgliedern, die vom Bundesparteitag für jeweils 4 Jahre gewählt werden. Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth, Vorsitzender des Bundesparteigerichts seit 1964, gehört ihm seit 1960 ununterbrochen als Ordentliches Mitglied an. Am 26. November 1985 fand in Bonn eine Jubiläumsveranstaltung des Bundesparteigerichts zusammen mit den Vorsitzenden der Landes-, Bezirks- und Kreisparteigerichte der CDU und zahlreichen Gästen, darunter dem Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts der CSU, statt, auf der auch die Broschüre „25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960 — 1985“ veröffentlicht wurde (Auflage 3.000 Stück). Sie enthält neben Berichten und wissenschaftlichen Aufsätzen einige beispielhaft ausgewählte Entscheidungen des Bundesparteigerichts, zahlreiche Leitsätze zu seinen Entscheidungen, eine Bibliographie zum Recht der politischen Parteien unter besonderer Berücksichtigung der Schiedsgerichtsbarkeit sowie eine Rechtsprechungsübersicht. Die Broschüre, die auch in der Fachpresse besprochen und an juristische Fakultäten, Bibliotheken, Verbände und Fachzeitschriften verschickt wurde, hat sich als ein wichtiges praktisches Arbeitsmittel für die Parteigerichtsbarkeit der CDU erwiesen und wird bei Bedarf neu aufgelegt werden.

Der Fachausschuß erarbeitet Stellungnahmen zu folgenden Themen:

- Vorschläge zum Bundestagswahlkampf

**Unterausschüsse:**

- Arbeitsgruppe Innere Sicherheit  
Diese Arbeitsgruppe koordiniert zusätzlich die Arbeit der Polizeiärbeitskreise in den CDU-Landesverbänden
- Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst
- Arbeitsgruppe Kommunalpolitik

### 6.2 Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB  
Stellvertreter: Dieter Graf Landsberg-Velen  
Manfred Freiherr von Richthofen

Der Fachausschuß hat sieben Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Neufassung des Sportprogramms der CDU
- Förderung des Leistungssports
- Sport und Steuern
- Sport und Umwelt
- Sport und Frieden
- Sport und Recht
- Sport und Gesundheit
- Sport und Entwicklungshilfe
- Novellierung der Approbationsordnung
- Errichtung eines Deutschen Sportmuseums
- Deutsch/deutscher Sportverkehr
- Sport als soziale Aufgabe
- Olympiastützpunkte
- Leistungssportförderung auf kommunaler Ebene

Der Fachausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- „Sport und Frieden“
- „Verbesserung der steuerlichen Behandlung des Sports“

Der Fachausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu den Themen:

- 2. Aktionsprogramm für den Schulsport
- Sport und Steuern
- Sport und Umwelt
- Zukunft des freien Sports

**Unterausschüsse:**

- AK Leistungssport
- Ad-hoc-Gruppe ‚Programmkommission‘
- AG Sport und Recht (BACDJ)

**Gespräche mit Verbänden**

DSB-Gespräch mit sachverständigen Mitgliedern des BFA Sport über „Sport und Umwelt“

Gespräch mit Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann und Spitzensportlern (AK Leistungssport) über Fragen der Leistungssportförderung

Präsidiumsgespräch mit dem DSB

Gespräch des Generalsekretärs der CDU, Dr. Heiner Geißler, mit dem Präsidenten des DSB und den Vorsitzenden des BFA Sport

### **6.3 Bundesfachausschuß Kulturpolitik**

Vorsitzender: Dr. Peter Bendixen MdL

Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Anton Pfeifer  
MdB  
Dr. Gerhard Rödding MdL

Der Fachausschuß hat fünf Sitzungen durchgeführt. Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Ordnung des Sonderschulwesens
- Auswirkungen des verlängerten Grundwehrdienstes auf Schule und Hochschule
- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes  
10. BAföG-Novelle

- Frauen in Forschung und Lehre
- Gesamtschulpolitik
- Entwicklung des Lehrstellenangebotes
- Auswirkungen von EG-Beschlüssen auf die Kulturpolitik der Länder
- Auswirkungen neuer Techniken auf Schule und Berufsausbildung

Der Ausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsbildungsreife
- Zur Ordnung des Sonderschulwesens
- Frauen in Forschung und Lehre
- Bildung und Weiterbildung für die Arbeitsplätze der Zukunft

Der Ausschuß veröffentlichte eine Erklärung zur Friedenserziehung in der Schule.

Mit folgenden Verbänden wurden Gespräche geführt:

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiter Deutschlands, Bundesverband Deutscher Privatschulen, Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Philologenverband, Verband Deutscher Realschullehrer.

### **6.4 Bundesfachausschuß Jugendpolitik**

Vorsitzende: Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld  
MdL

Stellvertreter: Gert Hammer  
Hans-Georg Warken (bis Januar 1986)

Der Fachausschuß hat drei Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Perspektiven der internationalen Jugendarbeit
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Entwicklung des innerdeutschen Jugendaustausches

Der Ausschuß verabschiedete folgenden Beschluß:

- Initiative für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung

Stellungnahmen und Presseerklärungen erfolgten zu folgenden Themen und Anlässen:

- Zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes
- Zu einem Gespräch mit dem Vorstand des Deutschen Bundesjugendringes
- Zum Benachteiligten-Programm der Bundesregierung
- Zum SPD-Beschluß: „Mit der Jugend die Zukunft sichern“
- Zum „Aktionsherbst“ der DGB-Jugend
- Zur Berücksichtigung der Förderung von Selbsthilfegruppen im Haushaltsplan 1987
- Zur Eröffnung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz
- Zum Berufsberatungsjahr 1986/87

(Berichtszeitraum: 9. November 1985 bis 9. November 1987)



## 6.5 Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzender: Dr. Jürgen Westphal  
Stellvertreter: Peter Jungen  
Senator Elmar Pieroth MdB

Unterausschuß „Forschungs und Technologiepolitik“  
Vorsitzender: Christian Lenzer MdB

Unterausschuß „Innovationspolitik“  
Vorsitzender: Senator Elmar Pieroth MdB

Unterausschuß „Subventionen“  
Vorsitzender: Matthias Wissmann MdB

Unterausschuß „Steuerpolitik“  
Vorsitzender: Dr. Jürgen Westphal

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

### Themenschwerpunkte und Beschlüsse:

- Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt
- Osthandel
- Fusionskontrolle
- Steuerpolitisches Konzept
- Beschluß zum Mittelstand
- Beschluß zum Subventionsabbau
- Leitlinien zur Forschungs- und Technologiepolitik

## 6.6 Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Hans Peter Schmitz MdB  
Stellvertreter: Karl Eigen MdB  
Gerhard Kneib MdB

Der Fachausschuß hat vier Sitzungen durchgeführt.

Ein Ad-hoc-Arbeitskreis unter Leitung von Staatssekretär Hanns Gunter Hebbeln erarbeitete in sechs Sitzungen die Vorlage für ein Agrarprogramm der CDU und CSU.

Der Bundesfachausschuß hat eine Außentagung in Oldenburg im Vorfeld der Zielgruppenveranstaltung „Ländlicher Raum“ durchgeführt.

## 6.7 Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB  
Stellvertreter: Ingrid Roitzsch MdB  
Heinz Soenius MdB

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Neue Heimat
- Abbau der Mischfinanzierung
- Wohnrechtsverfahren
- Wohngeldnovelle
- Wohnungseigentumsgesetz
- Baugesetzbuch

Ferner wurde eine Dokumentation zur „Neuen Heimat“ vorgelegt.

## 6.8 Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB  
Stellvertreter: Dr. Günter Becker  
Gerhard O. Pfeffermann MdB

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.  
Zu folgenden Themenbereichen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Konzept der Luftverkehrspolitik
- Ordnungspolitische Leitlinien der Verkehrspolitik
- Schifffahrt und Häfen
- Deutsche Bundesbahn — Zukunftsperspektiven
- CDU-Leitsätze zum öffentlichen Personennahverkehr

Der Bundesfachausschuß führt eine Außentagung in Bremen/Bremerhaven zur Information über die Lage der deutschen Seehäfen und Schiffbauunternehmen durch.

## 6.9 Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender: Ludwig Gerstein MdB  
Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler MdB  
Dr. Lutz G. Stavenhagen MdB

Der Fachausschuß hat vier Sitzungen durchgeführt.

### Themenschwerpunkte:

- Umweltfreundliche Energieversorgung der Zukunft
- Energiepolitik in NRW
- Energiepolitische Leitlinien der CDU

Der Bundesfachausschuß führte eine Sachverständigenanhörung zu den Folgen des Reaktorunglücks in Tschernobyl für die Energiepolitik durch.

Der Bundesfachausschuß hat eine Außentagung in Osnabrück durchgeführt.

## 6.10 Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Senator Dr. Volker Hassemer MdB  
Stellvertreter: Dr. Reinhard Göhner MdB  
Minister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Der Bundesfachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

### Themenschwerpunkte und Beschlüsse:

- Umweltschutz in der EG
- Chemie und Umwelt
- Abfallbeseitigung und Altlastproblem
- Beschluß zum Thema Landwirtschaft und Umwelt
- Beschluß zum Thema Abfallbeseitigung
- Beschluß zum Thema Umweltschutz und Beschäftigung

### **Arbeitsgruppen:**

AG „Abfallwirtschaft“

Vorsitzender: Peter Schuler MdL

AG „Bodenschutz“

Vorsitzender: Dr. Reinhard Göhner MdB

AG „Umweltpolitik in Europa“

Vorsitzender: Dr. Reinhard Klein

AG „Gefahrenstoffe in der Umwelt“

Vorsitzender: Dr. Mehrkamp von Enden

Zur konzeptionellen Vorbereitung des Kongresses „Umweltschutz in Europa“ wurden Gespräche mit dem BDI-Arbeitskreis „Umweltschutz“ und dem Deutschen Naturschutzring geführt.

Der Bundesfachausschuß hat eine zweitägige Klausurtagung als Außentagung auf Einladung des Präsidenten des Deutschen Forstwirtschaftsrates Alexander von Elverfeldt auf Schloß Canstein in Marsberg durchgeführt.

## **6.11 Bundesfachausschuß Sozialpolitik**

Vorsitzender: Senator Ulf Fink MdA

Stellvertreter: Staatssekretär a.D. Kurt Härzschel  
Roswitha Verhülsdonk MdB

Arbeitsgruppe „Frauenpolitik“

Vorsitzende: Staatssekretärin Dr. Maria Herr-Beck

Arbeitsgruppe „Kommunale Sozialpolitik“

Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Eberhard Müller-Steineck

Arbeitsgruppe „Flankierende Arbeitsmarktpolitik“

Vorsitzender: Prof. Dr. Rudolf Schimana

Arbeitsgruppe „Ehrenamtliche Dienste“

Vorsitzender: Hans Herbst

Ad-hoc-Kommission „Absicherung der Pflegebedürftigkeit“

Vorsitzender: Thomas Ruf

Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ hat sieben Sitzungen durchgeführt. Die Arbeitsgruppen haben insgesamt siebzehn Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Beratungen:

- Aktuelle und grundsätzliche Fragen der Rentenpolitik
- Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Alter
- Verschämte Armut im Alter
- Bessere Nutzung des Erfahrungsschatzes der älteren Generation für die Gesellschaft
- Novellierung des Schwerbehindertengesetzes
- Problembereiche des Bundessozialhilfegesetzes
- Kommunale Stellen für Frauenfragen
- Probleme von Frauen bei der Unternehmensgründung und Unternehmensleitung
- Förderung ehrenamtlicher Dienste und Selbsthilfegruppen.

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit Vertretern des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und dem Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Sozialdezernenten und Vertretern des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge über Fragen des Bundessozialhilfegesetzes, kommunalen Frauenbeauftragten, selbständigen Frauen und Vertretern von Verbänden über die Probleme von Frauen als Unternehmerinnen.

Presseerklärungen und Empfehlungen des Bundesfachausschusses Sozialpolitik:

- Presseerklärungen zu aktuellen rentenpolitischen Fragen, zur verschämten Armut im Alter, zu einer humanen Politik für die ältere Generation
- Presseerklärungen zu Fragen der Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Alter
- Presseerklärungen zu sozialpolitischen Vorschlägen der SPD
- Empfehlungen zur Konsolidierung der Sozialhilfe
- Leitfaden zur Errichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen
- Empfehlungen zur Förderung ehrenamtlicher sozialer Dienste
- Analyse Frauen als Unternehmerinnen

## **6.12 Bundesfachausschuß Familienpolitik**

Vorsitzende: Prof. Dr. Rita Süßmuth

(bis 7.11.1985)

Rita Waschbüsch MdL (ab 7.11.1985)

Stellvertreter: Rita Waschbüsch MdL (bis 7.11.1985)

Roswitha Erlenwein MdB

(ab 7.11.1985)

Norbert Schlottmann MdB

Der Fachausschuß hat acht Sitzungen durchgeführt. Im Rahmen der Sitzung vom 11. Juli 1986 fanden drei Anhörungen über die Weiterentwicklung der in dieser Legislaturperiode begonnenen neuen Familienpolitik statt. Angehört wurden Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. sowie der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft. In der Sitzung am 14. November 1986 wurde mit Vertretern aus den Bundesländern die Familienpolitik auf Länderebene erörtert.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses:

- Familienlastenausgleich
- Bundeserziehungsgeldgesetz
- Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“
- Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung
- Essener Leitsätze
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- soziale Absicherung der Familientätigkeit

- familienpolitische Leistungen der Bundesländer
- Perspektiven für die Familienpolitik

Der Fachausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu den Themen:

- Bundeserziehungsgeldgesetz
- Perspektivpapier zur Familienpolitik
- familiengerechte Besteuerung
- Erhöhung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien.

### **6.13 Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik**

Vorsitzender: Staatssekretär Albrecht Hasinger  
Stellvertreter: Dr. Hanna Neumeister MdB  
Minister Rudi Geil MdL

Der Fachausschuß hat drei Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Grundsätze der Gesundheitspolitik
- Prävention
- Kooperation zwischen ambulanter und stationärer Versorgung
- Gentechnologie

### **6.14 Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik**

Vorsitzender: Volker Rühle MdB  
Stellvertreter: Prof. Dr. Werner Weidenfeld  
Elmar Brok MdEP

Sitzungen: 8

#### **Themenschwerpunkte:**

Genfer Verhandlungen — europäische Sicherheitspolitik

Die Sowjetunion und ihr europäisches Bündnisssystem  
Außenpolitik als Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung

Die Europäische Gemeinschaft vor und nach dem Luxemburger Gipfel

Das Europäisierungskonzept der SPD

Abrüstungsvorschläge der beiden Weltmächte

Amerikanische Deutschlandpolitik

Aktueller Stand der Deutschlandpolitik

AG Europapolitik: 1 Sitzung

### **6.15 Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik**

Vorsitzender: Karl Lamers MdB  
Stellvertreter: PSt Dr. Volkmar Köhler MdB  
Prof. Dr. Klaus Simon

Der Fachausschuß hat vier Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Weltfrauenkonferenz
- Welttextilabkommen
- Dritte-Welt-Politische Konzeption der CDU

Der Bundesfachausschuß verabschiedete einen Beschluß zum Thema „Welttextilabkommen“.

### **6.16 Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Markus Berger MdB  
Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB  
Dr. Paul Wilhelm Kolb

Der Fachausschuß führte sieben Sitzungen durch.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Reservistenkonzept
- Zivilschutznovelle
- Universitäten der Bundeswehr
- Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow
- Strategische Verteidigungsinitiative
- Europäische Verteidigungsinitiative
- Bundeswehr und Mittelstand

Der Fachausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Beschluß zum „Zivilschutzgesetz“
- Beschluß zur „Strategischen Verteidigungsinitiative“
- Beschluß „Abrüstung mit Sicherheit“
- Beschluß „Zu den jüngsten westlichen und sowjetischen Abrüstungsvorschlägen“
- Beschluß „Die Zeit ist reif für Vereinbarungen über eine Konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa“

### **6.17 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen**

Vorsitzender: Minister Dr. Heinz Eyrich MdL  
Stellvertreter: Herbert Helmrich MdB  
Senator Prof. Dr. Rupert Scholz MdA  
Minister Dr. Henning Schwarz MdL  
Minister a.D. Dr. h.c. Theisen

Vorstand und Koordinierungsausschuß haben zwölf Sitzungen durchgeführt, an denen auch die Justizminister der CDU-geführten Bundesländer sowie als ständiger Gast der Vorsitzende des Arbeitskreises Juristen der CSU teilnahmen.

Fachkommissionen bestehen zu folgenden Themen:

- Asylrecht
- Ehe- und Familienrecht
- Fortschreibung des Rechts- und Justizpolitischen Programms der CDU
- Gesprächskreis Recht und Technik
- Kartellrecht
- Kriminalpolitik
- Schutz der Umwelt durch Recht

- Verbraucherschutz
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik

Beschlüsse und Stellungnahmen:

- Rechts- und Justizpolitisches Programm der CDU
- Leitsätze des BACDJ zur Fortpflanzungsmedizin

- Leitsätze des BACDJ zur Genomanalyse
- 20 Thesen zur Kriminalpolitik
- Vierter Rechtspolitischer Kongreß von CDU und CSU in Karlsruhe: „Recht sichert die Freiheit — Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“

## 7. Kommissionen

### 7.1 Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“

Am 12. September 1985 konstituierte sich die vom Präsidium der Christlich Demokratischen Union eingesetzte und von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler berufene Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“ unter Vorsitz von Dr. Bernhard Worms. Mitglieder der Kommission waren Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Der Auftrag der Kommission ergab sich aus den Stuttgarter Leitsätzen. Darin heißt es: „Wir müssen den technischen Fortschritt nicht nur als politische und wissenschaftliche, sondern auch als ethische Herausforderung begreifen. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die uns glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert.“

Die Kommission erarbeitete in 3 Sitzungen und einer zweitägigen Klausurtagung den Entwurf einer Grundsatzklärung mit der Überschrift „Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen“, die am 05.12.1986 von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und dem Vorsitzenden der Kommission, Dr. Bernhard Worms, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Zentrale inhaltliche Aussagen der Grundsatzklärung haben Eingang in das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 und in das Zukunftsmanifest der CDU gefunden.

Die Grundsatzklärung wurde im Dezember mit einem Brief des Generalsekretärs an Verbände und Institutionen im kirchlichen Bereich versandt.

### 7.2 Rentenkommission

In seiner Sitzung am 13./14.10.1985 setzte der Bundesvorstand eine Rentenkommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler ein, der folgende Mitglieder angehörten: Dr. Albrecht, Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Blüm, Ulf Fink, Dr. Stoltenberg, Frau Verhülsdonk sowie Peter Radunski mit beratender Stimme.

Aufgabe der Rentenkommission war es, auf der Basis des im Bundesvorstand ausführlich diskutierten Berichts der „Zukunftskommission Soziale Sicherung“

Grundsätze für eine grundlegende Strukturreform der Rentenversicherung in der nächsten Legislaturperiode zu erarbeiten. Die Rentenkommission hat in zwei Sitzungen einen Vorschlag erarbeitet, der auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 26./27.01.1986 beraten und verabschiedet wurde. Diese vom Bundesvorstand gebilligte Konzeption der Rentenkommission wurde Bestandteil des Wahlprogramms von CDU und CSU.

### 7.3 Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Der Koordinierungsausschuß konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Die Rolle der Medienpolitik im Bundestagswahlkampf.
2. Konsequenzen und Kommentierung des IV. Rundfunkurteils des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts (4.11.1986); Anerkennung des dualen Rundfunksystems (öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk) in der Bundesrepublik Deutschland.
3. Die journalistische Nachwuchsförderung — eine wichtige Aufgabe für einen konkurrenzfähigen Medienmarkt.
4. Beratung und Verabschiedung des medienpolitischen Argumentationskatalogs „4 Jahre CDU/CSU-Medienpolitik“ für die Bundestagswahl 1987.
5. Anlässlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin (IFA '87) fand am 31. August 1987 zum siebenten Mal der „CDU-Medientreffpunkt Berlin“ mit Politikern, Rundfunkjournalisten und Vertretern aus anderen Medienbereichen statt.
6. Vorbereitung und Durchführung des 12. CDU/CSU-Filmgesprächs am 17. Januar 1987 in München zum Thema „Der amerikanische Film und Europa“.
7. Koordinierung der Aktivitäten der CDU/CSU-Rundfunkgremienmitglieder.
8. Diskussion der Kompetenzen der Rundfunkräte im Programmbereich.

## 7.4 Kommissionserarbeitung des Zukunftsmanifestes

In seiner Sitzung vom 28.08.1986 setzte der Bundesvorstand eine Kommission zur Erarbeitung des „Zukunftsmanifests der CDU“ unter Leitung des Generalsekretärs ein, der folgende Mitglieder angehören:

Ernst Albrecht, Kurt H. Biedenkopf, Norbert Blüm, Christoph Böhr, Heinz Riesenhuber, Lothar Späth, Gerhard Stoltenberg, Rita Süßmüth, Matthias Wissmann. Die Kommission verabschiedete ihren Entwurf am 22. September 1986; nach Beratung im Präsidium verabschiedete der Bundesvorstand am 29. September 1986 den Entwurf des Zukunftsmanifests als Antrag an den Bundesparteitag, der das Zukunftsmanifest am 8. Oktober 1986 verabschiedete. Das Zukunftsmanifest bietet politische Perspektiven, die die Legislaturperiode überschreiten, und gibt Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft.

Das Zukunftsmanifest wurde mit einem Schreiben des Generalsekretärs an zahlreiche Multiplikatoren der Industrie, des Handels und der Wissenschaft versandt.

## 7.5 Wahlprogramm-Kommission

Zur Vorbereitung des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 setzte der CDU-Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 25.11.1985 eine Kommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler ein, der folgende Mitglieder angehörten: Dr. Albrecht, Dr. Blüm, Dr. Dregger, Frau Dr. Laurien, Lothar Späth, Dr. Stoltenberg; Dr. Schäuble und Peter Radunski gehörten der Kommission als beratende Mitglieder an.

In insgesamt vier Sitzungen erarbeitete die Kommission den Entwurf für ein Wahlprogramm, der die Grundlage für die Beratungen mit der CSU war.

Der Bundesvorstand verabschiedete am 28.08.1986 nach eingehender Beratung den Entwurf für das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 und leitete ihn an den Bundesausschuß zur Beschlußfassung. Der Bundesausschuß verabschiedete am 05.09.1986 den Entwurf des Wahlprogramms mit zwei Ergänzungen und beauftragte gleichzeitig den Bundesvorstand, die endgültige Fassung des gemeinsamen Wahlprogramms nach weiteren Gesprächen und Beratungen mit der CSU zu verabschieden. Der Bundesvorstand verabschiedete in seiner Sitzung vom 10.11.1986 die überarbeitete Fassung des Wahlprogramms und beauftragte den Generalsekretär, in Abstimmung mit der CSU die Schlußredaktion des Wahlprogramms vorzunehmen. Am 13.11.1986 wurde das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU auf Pressekonferenzen in Bonn und München der Öffentlichkeit vorgestellt.

## 7.6 Organisationskommission

Organisationsfragen der Partei werden einer der Schwerpunkte auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union im Jahr 1988 sein. Zur Vorbereitung dieser Diskussion hat der Bundesvorstand der CDU eine elfköpfige Organisationskommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler (Stellvertreter: Peter Radunski) eingesetzt. Sie soll eine umfassende Bestandsaufnahme der Organisationsstruktur der CDU vornehmen und das Konzept für die künftigen Aufgaben der Partei sowie ihre Finanzierung auf allen Organisationsstufen erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen bis zum Frühjahr 1988 dem Bundesvorstand vorliegen, so daß entsprechende Anträge vom Bundesvorstand dem Bundesparteitag vorgelegt werden können.

Die Kommission hat ihre Arbeit am 16. Juni 1987 aufgenommen und eine umfassende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen organisatorischen Situation in den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden der CDU eingeleitet. Gemeinsam mit Landes-, Bezirks-, Kreis- und Vereinigungsgeschäftsführern der CDU wurde ein umfassender Fragebogen erarbeitet, der in allen Gliederungen und in Gesprächen mit den Hauptamtlichen der Partei beantwortet werden soll. Dieser über 40 Seiten umfassende Fragenkatalog wird die intensivste Durchleuchtung und Untersuchung der CDU-Organisation in ihrer Geschichte sein und praktisch über alle Organisationsfragen der Partei Auskunft geben. Die CDU wird damit ein Röntgenbild ihrer Organisation erhalten, das die Grundlage für die Entwicklung eines neuen Organisationsmodells der Partei bilden soll.

Neu überdacht sollen im wesentlichen drei Fragen werden:

1. Die Serviceleistungen auf den verschiedenen Ebenen der Partei. (Wer macht was auf welcher Ebene?)
2. Die Aufgabenstellung der hauptamtlichen Mitarbeiter in der CDU, insbesondere der Kreisgeschäftsführer, die für die lokale Parteiorganisation verantwortlich sind.
3. Die Finanzierung auf den verschiedenen Ebenen der Partei.

Die Weiterentwicklung der CDU-Organisation soll die technische Ausstattung für moderne Kommunikation und Administration ebenso zum Inhalt haben wie die Einführung neuer Aktionsformen in den Kreis- und Ortsverbänden. Gegenstand der Organisationsdiskussion wird auch die Weiterentwicklung einer modernen Wahlkampfleitung sein, die insbesondere die Erfahrungen des langen Bundestagswahlkampfes von Ende 1985 bis Januar 1987 auswertet.

Untersucht werden auch die Arbeitsbedingungen, die Aufgabenstellung und die Situation der rund 900 hauptamtlichen Mitarbeiter der CDU. Die Finanzierung der Parteiarbeit wird sowohl unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Mittel für die Aufgabenstellung

lung auf den verschiedenen Ebenen als auch nach den Möglichkeiten untersucht, die sich aus dem Parteiengesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Werbung von Spenden ergeben. Ziel ist es, eine große Bewegung von Kleinspendern für die Union zu begründen. Für das Kommunikationsmodell der Partei werden die innerparteiliche Informationsarbeit und die Methoden und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit neu überdacht. Die Organisationskommission der CDU wird sich mit Vertretern aus allen Ebenen der Partei intensiv besprechen, Organisationsexperten heranziehen und die Erfahrungen aus den Wahlkämpfen sorgfältig auswerten.

Nach dem Aufbau eines Kommunikationsnetzes und der Text- und Datenverarbeitung, den ausführlichen Programmdiskussionen in den 70er Jahren, den neuen Dialogformen auf dem Jugendparteitag in Hamburg 1981 und dem Frauenparteitag in Essen 1985 sowie den erfolgreich geführten Winterwahlkämpfen 1983 und 1987 will die Union ihre Organisation verbessern und erneuern, um die politische Konkurrenz in den 90er Jahren zu bestehen.

### 7.7 Kommission „Agrarpolitik“

Auf seiner Klausurtagung am 13. und 14. Oktober 1985 setzte der Bundesvorstand eine Kommission „Agrarpolitik“ unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht ein, der folgende Mitglieder angehörten:

Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht,  
Reinhold L. Bocklet MdEP,  
Staatsminister Dr. Hans Eisenmann,  
Dr. Isidor W. Früh MdEP,  
Bundesminister Dr. Ignaz Kiechle MdB,  
Hans Peter Schmitz MdB,  
Ministerpräsident Lothar Späth,  
Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg MdB,  
Egon Susset MdB.

Die Geschäftsführung der Kommission lag bei der Hauptabteilung Politik.

Aufgabe der Agrarkommission war es, ein Agrarpolitisches Konzept von CDU und CSU zu erarbeiten.

## 8. Der Seniorenbeauftragte

Vom CDU-Bundesvorstand wurde am 14. Oktober 1985 der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun in das Amt des Seniorenbeauftragten der CDU Deutschlands berufen. Der Seniorenbeauftragte hat folgende Aufgabenstellungen:

- Aufbau und Förderung der Senioren-Union
- Förderung und Koordinierung der Seniorenarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit zur christlich-demokratischen Seniorenpolitik

Das Konzept zeigt auf, daß es zur Lösung der Agrarkrise kein Patentrezept oder schnelle Lösungen gibt, sondern nur mit einem Bündel von Maßnahmen der bäuerliche Familienbetrieb gesichert, die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbessert und ein Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben gewährleistet werden kann.

Die Agrarkommission hat in zwei Sitzungen das Agrarpolitische Konzept von CDU und CSU erarbeitet und auf der Sitzung am 20. Februar 1986 verabschiedet. Dem Bundesvorstand wurde das Agrarpolitische Konzept auf der Sitzung am 3. März 1986 vorgelegt. Das Präsidium hat das Konzept am 13. März 1986 beschlossen. Die Grundlinien des Agrarpolitischen Konzepts wurden Bestandteil des Wahlprogramms von CDU und CSU.

### 7.8 Kommission „Ländlicher Raum“

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Klausurtagung am 18. Juni 1987 die Einsetzung einer Kommission „Ländlicher Raum“ unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht beschlossen. Stellvertretender Kommissionsvorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Franz Sauter (Epfendorf). Der Kommission gehören 30 Politiker und Experten aus allen den ländlichen Raum betreffenden Politikbereichen an. Die Geschäftsführung wird von der Hauptabteilung Politik wahrgenommen. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 6. November 1987 in Bonn statt.

Aufgabe der Kommission „Ländlicher Raum“ ist es, Leitlinien zu erarbeiten, die eine umfassende und integrierte Politik für den ländlichen Raum beschreiben und konkrete Handlungsvorschläge zu den folgenden Bereichen entwickeln:

- Weiterentwicklung der Agrarpolitik
- Kultur und Bildung im ländlichen Raum
- Wirtschaftsentwicklung und regionale Strukturpolitik
- Frauen und Familien im ländlichen Raum
- Dorfentwicklung und Wohnen
- Infrastruktur und Verkehr im ländlichen Raum

Es gibt derzeit ca. 650 Orts- und Kreisvorsitzende der Seniorenunion in acht Landesverbänden mit ca. 30.000 Mitgliedern. In den Orts- und Kreisverbänden der Senioren-Union finden regelmäßige Veranstaltungen mit älteren Mitbürgern statt.

Von der Hauptabteilung Politik wird auch die Arbeit der Seniorenbeauftragten der CDU unterstützt. Der Seniorenbeauftragte nimmt die vielfältigen Kontakte zu den Landes- und Kreisverbänden der Senioren-

Union wahr, bringt die Anliegen und Interessen der älteren Generation in die Fachausschüsse der Partei und die Gesprächsrunden auf Ministeriumsebene ein.

Im Rahmen seiner Aufgabenstellung hat der Seniorenbeauftragte der CDU Deutschlands, Gerhard Braun, seit seiner Berufung (14. Oktober 1985) folgende Aufgaben wahrgenommen:

— mehr als 420 Termine zur Gestaltung einer aktiven Seniorenpolitik;

- dabei wurden mehr als 105 Referate bei Senioren-Veranstaltungen gehalten;
- wurden mehr als 50 Heime, Senioren-Residenzen und Senioren-Initiativen besucht;
- wurden mehr als 25 Pressegespräche und Pressekonferenzen abgehalten;
- mehr als 40 Gesprächsrunden mit Bundes- und Länderministerien.

# IV. Die Bundesgeschäftsstelle

## 1. Organisatorische Änderungen

Die Organisationsstruktur der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat sich im großen und ganzen bewährt und wurde deshalb im Berichtszeitraum nicht verändert. Mit einer Ausnahme: Nach Beratungen zwischen dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister sowie nach einer Erörterung im CDU-Bundesausschuss wurde die gesamte Abteilung Informatik in eine selbständige Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgegliedert. Die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter blieben dabei voll gewahrt. Auch Mitarbeiter der Bereiche „Organisation“ und „Verwaltung“ wechselten zur GmbH über.

Mehrheitsgesellschafter der GmbH ist die CDU-Bundespartei, Minderheitsgesellschafter die Union Betriebs GmbH. Die Geschäfte der Gesellschaft führt — in Personalunion — der Leiter der Hauptabteilung „Organisation“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Die Installierung dieser GmbH erfolgte im wesentlichen aus drei Gründen:

- Die Erbringung von Leistungen der Bundespartei für ihre Untergliederungen stellte einen steuerlich nicht unproblematischen Leistungsaustausch dar. Hier war Abhilfe zu schaffen.
- Die Nachfrage nach EDV-Leistungen (und anderen Organisationsleistungen) aus dem Bereich der Partei hatte ein Ausmaß erreicht, das die Bundespartei finanziell zu überfordern drohte. Für bestimmte Leistungen sollten deshalb Entgelte gezahlt werden.
- Schließlich galt es, die vielfältige Nachfrage „des freien Marktes“ nach unseren EDV- und Organisationsleistungen zu befriedigen.

Die GmbH arbeitet am Markt in Kooperation mit verschiedenen Hard- und Software-Anbietern und macht dadurch eine größere Angebotspalette auch den Gliederungen der Partei nutzbar.

## 2. Personal/Verwaltung, Parteifinanzierung

Im Zusammenhang mit Landtagswahlen beschäftigte die Bundesgeschäftsstelle zwischen März und September 1987 durchschnittlich 9 zusätzliche Kräfte pro Monat. Im Bundestagswahlkampf wurden durchschnittlich 117 Kräfte monatlich für die Zeit vom Oktober 1986 bis Januar 1987 beschäftigt. Diese zusätzlichen Beschäftigungen erfolgten zur Erledigung von Zusatzaufgaben und zur Vermeidung eines Übermaßes an Überstunden beim Stammpersonal.

Wegen der Beanspruchung durch den Wahlkampf hat die Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum darauf verzichtet, Aus- und Weiterbildungstagungen für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landes- und Kreisverbänden durchzuführen. Diese Schulungen werden nach Abschluß der Arbeiten der Organisationskommission wieder aufgenommen.

Ein elektronisches Datensystem, das im Berichtszeitraum ausgebaut werden konnte, lieferte wesentliche Entscheidungshilfen bei politisch relevanten Personal- und Organisationsentscheidungen.

### *Rechenschaftslegung*

Das 1984 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze (sog. „Parteienfinanzierungsgesetz“) hat eine Straffung der Rechenschaftslegung auf allen Arbeitsebenen der Partei zur Folge gehabt. So sind inzwischen auch die Ortsverbände — wenn sie durch ihre Kreisverbände zur Kas-

senführung ermächtigt wurden — an der Zusammentragung des Zahlenwerkes für die Rechenschaftsberichte beteiligt.

Der ständige Wechsel der mit diesen Aufgaben betrauten ehrenamtlichen Funktionsträger erfordert angesichts der komplizierten Materie eine intensive Beratung.

Zu diesem Zweck hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Mitarbeiter der Verwaltung benannt, der die Verbände bei der Vorbereitung ihrer Rechenschaftsberichte intensiv unterstützt.

Auch für das Jahr 1986 kann die Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden erneut als kooperativ und erfreulich bezeichnet werden.

### *GEMA*

Die Bundespartei hat mit der GEMA ein Rahmenabkommen geschlossen, durch das die Verbände der CDU und der Vereinigungen von GEMA-Gebühren bei ihren Veranstaltungen freigestellt sind.

Die Pauschalkosten des Abkommens trägt die CDU-Bundesgeschäftsstelle. Dieses Abkommen hat einerseits zu einer finanziellen Entlastung der Gliederungen beigetragen, zum anderen sind aber insbesondere die Kreis- und Ortsverbände von dem gelegentlich sehr umfangreichen Schriftverkehr mit der GEMA befreit.

Das Abkommen hat sich vor allem während des zurückliegenden Bundestagswahlkampfes mit den zahl-



reichen Veranstaltungen, bei denen auch Musikdarbietungen in den Sälen stattfanden, sehr bewährt.

#### *Versicherungen*

Die Bundespartei hat für Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer der CDU und der Vereinigungen Versicherungen abgeschlossen. Diese erstrecken sich auf Unfälle und Haftpflicht-Angelegenheiten.

Durch eine zentrale Beratung bei Versicherungsfällen konnte eine weitgehend reibungslose Abwicklung aller bisher aufgetretenen Probleme sichergestellt werden.

### **3. Politik**

#### **3.1 Grundsatz- und Planungsabteilung**

Aufgabe der Grundsatz- und Planungsabteilung ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse im Hinblick auf politische Entscheidungen aufzubereiten und die Parteiführung insbesondere in mittelfristig relevanten Fragen der Politik und in strategischen Fragen zu beraten.

Im Aufgabenbereich der Grundsatz- und Planungsabteilung lagen u.a.:

- die Ausarbeitung von Dokumentationen, Analysen, Konzepten und Strategieempfehlungen;
- Beiträge zur Formulierung und Umsetzung der Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahl 1987;
- die Analyse von Programmen und politischen Forderungen der Grünen;
- die Geschäftsführung für Programmkommissionen (Wahlprogramm-Kommission; Kommission „Wissenschaft, Technik, Ethik“, Rentenkommission, Kommission zur Erarbeitung des „Zukunftsmanifests“);
- die Ausarbeitung von Entwürfen für Reden, Artikel, Kolumnen, Presseerklärungen, Interviews und die konzeptionelle Betreuung von Buchveröffentlichungen;
- die Vorbereitung von Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächen (8. KAH-Gespräch „Stellt sich die Neue Soziale Frage neu?“);
- die Vorbereitung von Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen (im Berichtszeitraum acht Gesprächsrunden).

#### **3.2 Hauptabteilung Politik**

Auch in der Regierungsverantwortung kann eine Volkspartei wie die CDU nicht darauf verzichten, ihre Programmatik weiterzuentwickeln, politische Perspektiven zu erarbeiten, ihr Profil zu schärfen und zu

#### *Berufsgenossenschaft*

Zwischen der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist für alle ehrenamtlich tätigen Helfer, die bei ihren Tätigkeiten arbeitnehmer-ähnliche Funktionen ausüben, Versicherungsschutz gegeben.

Zur Durchsetzung der Ansprüche erfolgt eine zentrale Bearbeitung dieser Versicherungsfälle in der Verwaltung der Bundespartei.

aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Deshalb gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der fünf Abteilungen (Innenpolitik, Dokumentation und Analysen, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik, Außen- und Deutschlandpolitik) der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum:

- die politischen Positionen und das programmatische Profil der CDU weiterzuentwickeln;
- politische Entscheidungen für den Parteivorstand vorzubereiten und die Politik der Bundesregierung darzustellen;
- die Argumentationsfähigkeit der Partei zu erhöhen und die inhaltliche Parteilarbeit auf allen Ebenen zu aktivieren, vor allem durch Unterstützung der Parteilarbeit an der Basis;
- die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner erfordert, seine Politik und Strategie zu analysieren und politische Alternativen aufzuzeigen oder zu entwickeln;
- eine moderne, bürgernahe und sozial aufgeschlossene Partei kann nicht darauf verzichten, neue Entwicklungen in der Gesellschaft zu erkennen, aufzunehmen und auf der Grundlage ihrer Programmatik sachgerecht politische Entscheidungen zu treffen. Dazu dient vor allem der intensive Kontakt mit Wissenschaft, Forschung und Verbänden.

#### **— Kongresse und Veranstaltungen**

Unverzichtbares Instrument bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen ist die Durchführung von Anhörungen, Kongressen und Gesprächs-Foren. Sie bieten Wissenschaftlern, Fachleuten und sachkundigen Bürgern die Gelegenheit, der Partei ihre Auffassungen über mögliche Problemlösungen vorzutragen.

Folgende Veranstaltungen wurden von der Hauptabteilung Politik konzipiert:

Veranstaltungs-Datum	Veranstaltungsart Teilnehmer
19. April 1985	„Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd? Der Weltwirtschaftsgipfel und die Dritte Welt.“ Öffentlicher Dialog zwischen der CDU Deutschlands und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung.
29. Oktober 1985	Nicaragua-Report: „Wie frei ist Nicaragua?“
7. November 1985	7. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch: „Ja zur Freiheit — Nein zur Bundeswehr? Wehrdienst als Bürgerpflicht oder Pflichtübung.“
28. November 1985	Wirtschaftspolitische Kongreß in Osnabrück: „Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen.“
24./25. Januar 1986	4. Rechtspolitische Kongreß von CDU und CSU: „Recht sichert die Freiheit. Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik.“
19. März 1986	Seniorenkongreß „Selbständig — sicher — geborgen. Für ein glückliches Leben im Alter.“
14. Mai 1986	Sicherheitspolitischer Kongreß: „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung.“
3. Juli 1986	Hearing des BFA Energiepolitik zur Energiepolitik.
7. Juli 1986	Forum „Literatur und Politik in Lateinamerika“.
27. August 1986	Energiepolitischer Kongreß „Verantwortung für Deutschland — Energiepolitik für eine humane Zukunft.“
10. September 1986	Gesundheitspolitischer Kongreß „Gesund leben — Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft.“
24. September 1986	Technologiepolitischer Kongreß „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft.“
22. Oktober 1986	Kongreß zum Inneren Frieden „Gegen Terror und Gewalt — den Inneren Frieden sichern.“
4. November 1986	Kolloquium „Umweltschutz und technologischer Fortschritt in Europa.“

Auf den Veranstaltungen nahmen als Referenten bekannte Experten aus Wissenschaft, Forschung, Verbänden und Politik teil. Von der Hauptabteilung Politik wurde für die Kongresse eine neue Veranstaltungsform entwickelt, die die Präsentation von konkreten Initiativen und Modellen zu dem jeweiligen Kongreßthema ermöglicht und so praktische Anregungen zur Umsetzung für die Kongreßteilnehmer gibt. Die Kongresse und Veranstaltungen fanden größtenteils große Beachtung in der Berichterstattung in den Medien.

Zu allen Veranstaltungen wurden zum Teil umfangreiche Materialien erstellt; die Ergebnisse wurden im UiD dokumentiert oder als Broschüren publiziert.

#### — Bundestagswahlkampf

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Hauptabteilung Politik im Berichtszeitraum lag in der konzeptionellen und inhaltlichen Entwicklung des Wahlkampfes. Dazu gehörte die Ausarbeitung von Argumentationsbroschüren, Faltblättern, Dokumen-

tationen und Verteilmitteln für die Partei. Ausgearbeitet wurden u.a. 9 Broschüren, 4 Faltblätter bzw. Leporellos, rund 20 Dokumentationen, Musterreden, Flugblätter, Wandzeitungen, das Handbuch für die politische Argumentation, Texte für 9 CDU-Extra, für 6 Zielgruppenzeitungen und Basistexte für „Deutschland am Wochenende“. Hinzu kam die intensive Zuarbeit zum UID, der vor allem auch im Wahlkampf ein wichtiges Informationsmittel für die Argumentation der Partei war.

8 Veranstaltungen für Senioren, Frauen, Jugend, Arbeitnehmer, den ländlichen Raum und den Mittelstand wurden durch die Hauptabteilung Politik konzeptionell entwickelt und begleitet. Die Zielgruppenveranstaltungen dienten zur Darstellung der Leistungen der Bundesregierung und des Zukunftskonzepts der CDU. Sie waren als Diskussionsveranstaltungen konzipiert und gaben den Teilnehmern Gelegenheit zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch mit Experten und Politikern.

Für den Bundesvorstand wurde von der Hauptabteilung Politik zusammen mit der Grundsatz- und Planungsabteilung eine Dokumentation ausgewählter Analysen zur Bundestagswahl und zu den Landtagswahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg erarbeitet. Sie diente der Diskussion und Entscheidung über die Folgerungen für die politische Arbeit, die aus dem Ergebnis der Bundestagswahl und der Landtagswahlen zu ziehen waren.

#### — Landtagswahlkämpfe

Landtagswahlkämpfe werden immer stärker mit bundespolitischen Themen und Argumenten geführt. Deshalb wurden die Landtagswahlkämpfe der Jahre 1986 und 1987 (Wahltermine: Hessen am 5.4.1987; Rheinland-Pfalz am 17.5.1987; Hamburg am 17.5.1987; Schleswig-Holstein am 13.9.1987; Bremen am 13.9.1987; Niedersachsen am 15.6.1986) von der Hauptabteilung Politik intensiv begleitet und durch Erarbeitung von Informationsmaterialien und Dokumentationen unterstützt. Dazu gehörte u.a. die Analyse der politischen Gegner und seiner Wahlprogramme, die positive Darstellung der Politik der Bundesregierung und die Widerlegung von Angriffen der SPD und die Darstellung der Konsequenzen rot-grüner Politik.

#### — Aktionen und Kampagnen

Eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit vor Ort erfordert, daß die Politik der CDU zu konkretem politischem Handeln in den Orts- und Kreisverbänden führt. Im Berichtszeitraum wurden von der Hauptabteilung Politik 6 Aktionen ausgearbeitet und gemeinsam mit der Partei durchgeführt. Es waren dies

- die „**Aktion Dritte Welt**“, mit der die CDU überall in der Bundesrepublik Deutschland Anstöße für private Initiativen in der Entwicklungshilfe gegeben hat. In der Zeit von Juli 1982 bis August 1986 wurden von 162 Kreisverbänden 4,6 Mio. DM für insgesamt 253 Entwicklungshilfeprojekte in 49 Ländern gesammelt.
- Die **Umweltaktion „Mit uns für eine lebenswerte Zukunft“** regte eine Vielzahl von Umweltaktionen der CDU vor Ort an.
- Die **Aktion „Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt“** zeigte Möglichkeiten für ein Engagement der CDU auf Bundes-, Landes-, Orts- und Kreisebene auf. Zu dem Thema 'Menschenrechte' wurden im Zusammenhang mit dieser Aktion 5 Menschenrechtsdokumentationen in Pressekonferenzen der Öffentlichkeit vorgestellt (Nicaragua, Afghanistan, Chile, Süd-Afrika und DDR).
- Mit der „**Beschäftigungsaktion 10.000**“ startete die CDU eine Offensive für mehr Beschäfti-

gung, um durch Information vor Ort und durch konkrete Maßnahmen einen Beitrag zur Umsetzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

- Im Anschluß an den Essener Parteitag 1985 legte die CDU **Anregungen zur Arbeit mit den „Essener Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“** vor, damit die auf dem Essener Parteitag begonnene Diskussion über das Thema „Neue Partnerschaft“ auf Orts- und Kreisebene in offenen Parteitagen diskutiert und in die Tat umgesetzt wird.
- Im Rahmen der Seniorenarbeit wurde die **Aktion „Gute Nachbarschaft“** durchgeführt. Dabei handelt es sich nicht um „Altenbetreuung“ sondern vielmehr „um Hilfe zur Selbsthilfe“ vor Ort. Ergänzt wurde diese Aktion durch ein **Aktionsprogramm für die Seniorenarbeit in Städten und Gemeinden**, das Anregungen für eine aktive Seniorenpolitik auf kommunaler Ebene gibt.

Zu allen Aktionen wurden von der Hauptabteilung Politik Aktionshandbücher, Dokumentationen und Informationsmaterialien erstellt.

#### — Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Die Erarbeitung politischer Konzepte und Programme geschieht auf Bundesebene in Fachgremien, die dem Bundesvorstand direkt zugeordnet sind. Die Geschäftsführung dieser Gremien wird von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik wahrgenommen. Im Berichtszeitraum waren 51 dieser Gremien (Bundesfachausschüsse und Unterausschüsse) zu betreuen; diese haben insgesamt 169 Sitzungen durchgeführt. Zur Vorbereitung der Gremienarbeit wurden 54 Beschlußvorlagen erstellt. Die Beschlüsse der Bundesfachausschüsse wurden der Öffentlichkeit in Presseerklärungen und Pressekonferenzen vorgestellt.

Die Geschäftsführung der **Kommission „Agrarpolitik“** und der **Kommission „ländlicher Raum“** liegt bei der Hauptabteilung Politik.

#### **Dialog mit Bürgern und Verbänden**

Die Parteizentrale einer modernen Volkspartei hat heute Dienstleistungsfunktionen nicht nur gegenüber ihren Gliederungen und Mitgliedern, sondern auch gegenüber Bürgern zu erbringen, die sich rat- und hilfesuchend telefonisch und schriftlich an die Partei wenden. Die Parteien werden von den Bürgern wie Dienstleistungsbetriebe benutzt — von der Rentenberechnung bis zur Durchsetzung von Bauungsplänen. Als zeitaufwendige, aber besonders wirkungsvolle Form der politischen Kommunikation zwischen Bürger und CDU hat sich das Briefwesen entwickelt. Immer mehr Bürger schreiben an den Parteivorstand, lassen sich über politische Entscheidungen informieren, geben Rat,

melden Forderungen an und suchen Hilfestellung. Zwischen Oktober 1986 und Oktober 1987 wurden rund 75.000 Briefe beantwortet; die Bürger erhalten individuell eine telefonische oder schriftliche Antwort.

Als weitere Dienstleistung ist ein Besucherdienst in der Hauptabteilung Organisation eingerichtet. Dabei handelt es sich vorwiegend um Gruppen, die durch das Bundespresseamt oder die Abgeordnetenbüros der CDU/CSU angemeldet werden. Weitere Interessengruppen sind Schulklassen, Mitglieder der Jungen Union sowie Gruppen aus Verbänden und Vereinen. Im Berichtszeitraum haben (bei steigender Tendenz) 351 Gruppen mit 14.075 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus besucht. In den zurückliegenden zwei Jahren haben über 320.000 Personen Informationen über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Im Interesse einer möglichst ausführlichen politischen Information der Besuchergruppen wurde eine Erweiterung des Besucherdienstes vorgenommen. Falls es einem Abgeordneten nicht möglich ist, seine Gruppe zu begleiten, — was überwiegend der Fall ist —, werden die gewünschten Themenbereiche durch die Fachreferentinnen und Fachreferenten aus der Hauptabteilung Politik dargestellt und mit den Besuchern diskutiert. Dabei werden auch die Informationsmaterialien der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt.

Der Kontakt mit dem Bürger wurde zusätzlich in der Wahlkampfzeit durch das Wahlkampftelefon intensiviert, das von der Hauptabteilung Politik betreut wurde.

Mit den Verbänden kam mehr als in früheren Wahlkämpfen ein intensiver Dialog durch die Beantwortung ihrer Wahlprüfsteine zustande. Dabei ging es darum, die Position der CDU zu den jeweiligen Sachfragen zu verdeutlichen.

## 4. Öffentlichkeitsarbeit

### 4.1 Werbemittel und Aktionen

Nach der Bundestagswahl stand die Darstellung der erfolgreichen CDU-Regierungspolitik, beginnend mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit, die im redaktionellen Stil des Wahlkampfes weitergeführt wurde.

Als aktuelles Massenverteilungsmittel im Zeichen des Starts der neugebildeten Regierung Helmut Kohl wurde zunächst die Regierungserklärung des Bundeskanzlers in Form eines „CDU extra“ veröffentlicht. In dieser Zeitung wurden die Perspektiven und Schwerpunkte für die Arbeit der Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode dargestellt. Eine Bro-

Meinungsaustausch mit Experten aus Verbänden und Anhörungen sind eine wichtige Voraussetzung für sachgerechte politische Entscheidungen. Sie sind für die politische Meinungs- und Willensbildung einer Volkspartei unverzichtbar.

Das Präsidium, der Bundesvorstand und die Bundesfachausschüsse der CDU führen regelmäßig Gespräche mit den Kirchen, mit Verbänden aus Kirche, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft, die von der Hauptabteilung Politik vorbereitet wurden.

Im Rahmen der Verbandsgespräche fanden auch Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften statt. Die Hauptabteilung Politik besucht darüber hinaus Gewerkschaftskongresse und Veranstaltungen und wertet diese aus. Die laufende Arbeit der Gewerkschaften wird von der Hauptabteilung Politik analysiert und ausgewertet.

### — Textbibliothek

Der im Frühjahr 1985 begonnene Aufbau der elektronischen Textbibliothek der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat inzwischen große Fortschritte gemacht. In dieser Datenbank sind alle wichtigen Veröffentlichungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle gespeichert, insgesamt über 700 Texte von Reden, Dokumentationen, Broschüren, Flugblättern, Presseerklärungen und anderen Schriftstücken. Auch die Protokolle der letzten Bundestage in Köln, Stuttgart, Essen und Mainz sind erfaßt. Alle Dokumente sind inhaltlich aufbereitet und können nach bestimmten Kriterien, zum Beispiel Autor, Datum, Schlagworten, gesucht und bei Bedarf ausgedruckt werden. Die Textbibliothek wurde im Bundestagswahlkampf intensiv genutzt und war ein wichtiges Instrument der flexiblen Wahlkampfführung.

schüre mit dem vollständigen Text der Regierungserklärung ergänzte das Informationsangebot zum Regierungsbeginn.

Die große Steuerreform und die Abrüstung — die beiden bestimmenden Themen der politischen Diskussion dieses Jahres — nahmen in einer weiteren Ausgabe von „CDU extra“ breiten Raum ein.

Die 20. Wiederkehr des Todestages von Konrad Adenauer war Anlaß für ein breit gefaßtes Angebot von Vorschlägen, wie vor Ort in den Verbänden der CDU auf dieses bedeutende historische Datum aufmerksam gemacht werden konnte.

Erfreuliche Tendenzen in der Mitgliederentwicklung der CDU gaben den Anstoß, die vielfach erprobte Mitgliederwerbaktion vor Ort wieder aufzugreifen und mit neuen Anregungen zu aktivieren.

Wie schon in den letzten Jahren wurden die Verbände der CDU auch in diesem Sommer angeregt, die Ferienzeit dazu zu nutzen, um unter dem Motto „Ein Sommer mit der CDU“ intensiv Sympathie- und Werbeaktionen der CDU durchzuführen.

Mit einem CDU-Plakat, das sich vor allem zur Aufstellung an den Schulwegen und ihren Gefahrenbrennpunkten eignete, wurden Autofahrer rechtzeitig zum Schulanfang zur Vorsicht gemahnt.

Der seit Januar 1986 erscheinende Informationsdienst für Redakteure von lokalen und regionalen CDU-Publikationen wurde in neuer Form wieder herausgegeben. Dieser Informationsdienst enthält eine interessante Zusammenstellung bundespolitischer Nachrichten, aktueller Zitate und grafischer Tips zur Zeitungsgestaltung. Er ermöglicht es den CDU-Redakteuren, zusätzlich zu den örtlichen Nachrichten, auch über bundespolitische Themen und Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu berichten. Der Dienst „Info-Service/Arbeitsmaterial für CDU-Redakteure“ wird in Zukunft regelmäßig erscheinen.

Wandzeitungen und Flugblätter behandelten aktuelle Themen und stellten die erfolgreiche Regierungspolitik der CDU dar.

Verkaufte und kostenlos verteilte Auflagen der zum Wahlkampf 1987 hergestellten Artikel aus dem Zeitraum Herbst '85 — Januar 1987

Artikel	Verteilte Auflage
<b>Offensive '87 (Herbst '85 — Sommer '86)</b>	
Flugblatt: Aufschwung	175.630
Steuersenkung	123.130
Umwelt	140.680
Soziale Gerechtigkeit	174.430
Wir lieben Kinder	203.910
Stabile Preise	174.180
Sichere Renten	172.430
CDU-extra: Jetzt geht's los!	1.218.420
Alles Gute '86	95.450
Jetzt geht's voran	194.270
Auf einem guten Weg	497.550
Wir lassen die Bauern nicht im Stich	110.505
Weiter, so H.Kohl	171.950
Sommer	107.100
Broschüre: Mehr Arbeitsplätze durch Innovation	15.300
Von den roten in die schwarzen Zahlen	94.415
Der außenpolitische Kurswechsel der SPD	34.550
Familienpolitik	64.500

Artikel	Verteilte Auflage
SPD — Partei ohne wirtschaftspol. Alternative	34.970
Die neue Partnerschaft	25.284
20 Pluspunkte der Reg. H. Kohl	26.800
Wir lassen die Bauern nicht im Stich	33.350
Argumentationskarten (6x50 Karten)	416.010
Prospekt: Wir lieben Kinder	110.250
Zeitungsflugblatt: Bundeswehr	224.050
Magazin: 40 Jahre CDU	30.990
Fußball-WM-Kalender	1.013.450
Textilbutton: Offensive '87	103.450
<b>Offensive für mehr Beschäftigung</b>	
CDU extra: Wir schaffen Arbeit	436.500
Faltblatt: Beschäftigungsförderungsgesetz	42.100
Leitfaden: Offensive für mehr Beschäftigung	13.035
<b>Umwelt</b>	
Faltblatt: 5 Thesen zur Umweltpolitik	32.000
Faltzeitung: Umwelt	235.400
Prospekt: Unsere Luft wird sauberer	93.400
Handbuch: Umweltaktionen von A-Z	17.340
Broschüre: Boden und Landschaft	6.150
Rahmenflugblatt: Umwelt	89.500
Rahmenplakat: Umwelt	3.250
<b>Neue Partnerschaft</b>	
CDU-extra: Neue Partnerschaft	54.000
Aktionshandbuch: Die neue Partnerschaft	17.535
<b>Für Senioren — mit Senioren</b>	
Broschüre: Zukunftschancen d. Älteren Generation	35.950
Handbuch: Für Senioren mit Senioren	12.390
<b>Mitgliederwerbung</b>	
Mitgliederwerbeprospekt: 10 Fragen...	141.650
Prospekt: So werben Sie Mitglieder	59.115
Leitfaden: Mitgliederwerbung	19.410
Aufkleber: Wir lieben Kinder	284.850
<b>Auftaktkampagne</b>	
Plakat: Weiter so, Deutschland A0	43.430
Plakat: Weiter so, Deutschland A1	88.780
Plakat: Stop Rot/Grün A1	20.890
Angriffsposter: Mehr Bürokratie	9.074
Leistung muß wieder bestraft werden	9.614
Nieder mit dem Aufschwung	9.739
Versöhnen statt spalten	4.924
Der Schwanz wedelt mit dem Hund	9.364
Weniger für alle	9.639
Kandidatenzeitung I	8.574.700
Prospekt: Wahlrecht für Deutsche im Ausland	169.600

Artikel	Verteilte Auflage
Prospekt: Unsere Politik für die Soldaten	23.700
Rede: H. Kohl — Tagesordnung der Zukunft	25.450
Broschüre: Bündnis für Freiheit und Frieden	7.921
Broschüre: Nationalhymne	157.530
Aufkleber: Stop Rot/Grün	352.850
<b>Hauptwahlkampf</b>	
Illustrierte: H. Kohl	6.622.360
Kandidatenzeitung II	11.759.350
Faltblatt: 20 Pluspunkte	1.460.125
Faltblatt: 20 Minuspunkte	613.350
CDU extra: Bauern	9.800
Senioren	20.800
Frauen	252.700
Mittelstand	19.850
Jugend	17.600
Leporello: Zukunftsmanifest	86.350
Wahlprogramm im Zeitungsformat	289.300
Broschüre: Wahlprogramm	75.410
Briefwahlprospekt	638.600
Broschüre: Freiheit und Sicherheit	70.830
Das ist der Aufschwung	94.380
Wir lieben Kinder	97.480
Betrifft SPD	33.350
Sichere Renten	75.680
Frieden und Freiheit sichern	73.330
Umwelt	93.330
Sichere Energien	20.300
Dokumentation: Norbert Blüm — Unsere Bilanz ist eine Erfolgsbilanz	9.250
Rede: H. Kohl — Nach guter Arbeit	16.150
Rede: H. Geißler — Vorwärts statt rückwärts	8.600
Rede: A. Dregger — Unsere Aufgaben f. d. Zukunft	8.050
Rede: H. Kohl — Mit der CDU für eine gute Zukunft	7.850
Sympathieplakat A0	81.345
Sympathieplakat A1	146.050
<b>Schlußphase</b>	
Kanzler-Plakat A1	171.160
Kanzler-Plakat A0	99.300
Slogan-Plakat A1	165.885
Slogan-Plakat A0	97.430
Plakatüberkleber: Beide Stimmen CDU A3	169.160
Beide Stimmen CDU A4	291.420
Türanhänger	143.350
Aufkleber: Zukunft statt Rot/Grün	144.600
<b>Handbücher und Leitfäden</b>	
Handbuch für die politische Argumentation	4.292
Aktionshandbuch: Menschenrechte	5.215
Fit in die Zukunft	12.365
Sommeraktionen	7.862
Telefon-Canvassing	10.060

Artikel	Verteilte Auflage
Canvassing-Aktionen	9.930
Nachbarschaftstreffen	17.420
Messen und Ausstellungen	8.740
Mitmachen bei Veranstaltungen	9.670
Set: Neue Wahlkampfformen	2.385
Ratgeber: Mit uns für ein gesundes Leben	21.120
Aktionshandbuch: Winterwahlkampf	21.080
<b>Rahmenmaterialien</b>	
Rahmenflugblatt: CDU-Die Zukunft	998.500
Rahmenplakat: CDU-Die Zukunft A0	71.600
Rahmenplakat: CDU-Die Zukunft A1	200.510
Rahmenplakat: Frauenvereinigung	1.650
Plakat: Ein Sommer mit der CDU A1	9.370
<b>Sympathiewerbemittel</b>	
<i>Winterwahlkampf</i>	
Advents- und Weihnachtsliederbuch	118.650
Winterpuzzle	36.370
Heißgetränketasche	298.400
Weihnachtspostkarten	106.475
Eiskratzer	310.309
<b>Wir lieben Kinder</b>	
Postkarte: Wir lieben Kinder	9.960
T-Shirt: Wir lieben Kinder	1.020
Sonnenblende	107.100
Modelliermasse	53.905
Windrad	101.100
Wasserball	9.732
<b>Anziehend werben</b>	
Polohemden	20.992
Stirnbänder	11.983
Strickmütze	6.626
Schals	21.088
<b>Klein — aber nützlich</b>	
Aufkleber Erkennungszeichen	343.450
Aufkleber: Weiter so, Deutschland	503.550
Tragetaschen: Die Zukunft	981.600
Bleistift	966.500
Bierdeckel	208.650
Feuerzeug	111.435
Papierfähnchen: CDU — Die Zukunft	950.800
Luftballons	1.914.100
Kugelschreiber	754.104
Skatispiele	95.275
Schlüsselanhänger: Stabile Mark	227.050
Notizblocks	349.900

## 4.2 Bildschirmtext

Seit Anfang 1985 ist die CDU an das Btx-Netz angeschlossen. Damit hat sich die CDU für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine der neuen Entwicklungen auf dem

Medienmarkt nutzbar gemacht. Neben aktuellen Meldungen zur Tagespolitik findet der Btx-Nutzer auf mehr als 500 Seiten im Programm der CDU Informationen über grundsätzliche Positionen der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen.

Auf rund 80 Dialog-Seiten im Btx-Programm der CDU kann der Nutzer problemlos zusätzliche Informationen zu interessierenden Themen anfordern. Besonderen Wert legt die CDU auf die aktuellen Text-Informationen, für die eine besondere Rubrik (Aktuelles) eingerichtet worden ist. Hier können z. B. Stellungnahmen der Partei zu aktuellen Ereignissen sofort abgerufen werden.

Das CDU-Programm kann unter der Btx-Nummer \*54411 abgerufen werden.

### 4.3 UiD

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr und enthält Informationen und Argumentationshilfen zu allen wichtigen politischen Ereignissen. Außerdem informiert der UiD regelmäßig über das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gibt Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände.

Der UiD enthält einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich dokumentiert wird. In regelmäßigen Abständen erscheint eine Gesamtübersicht der bestellbaren Werbematerialien (rosa Teil).

In dem Zeitraum März 1985 bis einschließlich Oktober 1987 sind erschienen:

- 91 CDU-Dokumentationen (grüner Teil)
- 64 Regionalausgaben (gelber Teil)
- 12 Öffentlichkeitsarbeit (rosa Teil)

Seit Januar 1985 wurden die Voraussetzungen für eine Regionalisierung des UiD geschaffen, so daß bereits für die Landtagswahlen im Saarland und in NRW so-

## 5. Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen **Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, schriftliche Pressemitteilungen**. Im Zeitraum September 1986 bis Ende September 1987 wurden 932 Beiträge und Stellungnahmen abgegeben. Ferner fanden zahlreiche Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen statt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch **Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakten der Parteiführung**, insbesondere des Bundesvorsitzen-

wie Niedersachsen Sonderbeilagen erscheinen konnten. Die Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz haben auch außerhalb der Wahlkampfzeit von der Möglichkeit der Regionalbeilage Gebrauch gemacht.

Im Jahr 1986 stand der UiD voll im Dienste des Bundestagswahlkampfes. Die Auflage wurde ab Ende August 1986 bis zum Wahltag von ca. 25.000 auf ca. 42.000 Exemplare erhöht. Diese erhöhte Auflage ging einmal an die von den Kreisgeschäftsstellen zusätzlich benannten Wahlkämpfer; außerdem erhielten während der Wahlkampfzeit alle CDU-Betriebs- und Personalräte sowie die Verantwortlichen für die Verteilung der Zeitung „Deutschland am Wochenende“ den UiD.

Darüber hinaus haben alle CDU-Mitglieder die Möglichkeit, den UiD zu abonnieren. Für die Wahlkampfzeit wurde ein Sonderabonnement angeboten, das 20 UiD-Ausgaben vor dem Wahltag umfaßte.

### 4.4 Deutsches Monatsblatt

Während des gesamten Vorwahlkampfes und der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes stand das Deutsche Monatsblatt im Zeichen der Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder. Neben der Berichterstattung über die Wahlkampfführung der einzelnen Spitzenpolitiker der CDU, vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler, nahm die Darstellung der politischen Wahlkampfziele einen breiten Raum ein. Das Deutsche Monatsblatt stand somit ganz im Dienst der Informationsübermittlung für die Mitglieder.

Nach dem 25. Januar 1987 wurde die Berichterstattung über die Aktivitäten der einzelnen Gliederungen der Partei wieder verstärkt aufgegriffen. Wie bereits in der Vergangenheit entwickelten sich aus der Fülle der Berichte über Aktionen vor Ort andernorts Initiativen. So wurde das Deutsche Monatsblatt seiner Rolle als Mittler zwischen der Parteispitze und dem einzelnen Mitglied sowie der einzelnen Verbände untereinander gerecht.

den und des Generalsekretärs. Hinzu kommen die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien sowie — in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation — die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfereisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitagen, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU.

Neben 63 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind vertrauliche **Hintergrundgespräche** zu einem wichtigen Instrument der Information geworden. Besonderes Interesse bestand bei in- und auslän-

dischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler sowie mit dem Generalsekretär. Insbesondere für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Im Bundestagswahlkampf sowie bei Landtags- und Kommunalwahlkämpfen wurden für zahlreiche in- und ausländische Journalisten **Wahlkampfbegleitungen** organisiert. Mehr als 400 Journalisten nahmen an der Wahlkampföffnung am 4. Januar 1987 in der Dortmunder Westfalenhalle teil. Ein weiterer Schwerpunkt war die publizistische Begleitung der Wahlkampfeinsätze des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs in den Einsätzen zwischen dem Mainzer Parteitag und der Bundestagswahl. Erstmals gelang es darüberhinaus, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation die Einsätze der übrigen Bundesredner publizistisch vorzubereiten und zu begleiten, und zwar mit der besonderen Berücksichtigung von Regional- und Lokalredaktionen. Eine große Zahl von Journalisten begleiteten den Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler auf seinen Reisen nach Rheinland-

Pfalz, Hessen und Hamburg sowie nach Schleswig-Holstein und Bremen im Zusammenhang mit den dortigen Landtagswahlkämpfen.

Der **Kontakt** zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen gepflegt.

In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch der gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene Pressedienst, der „**Deutschland-Union-Dienst**“. Der von nur zwei Redakteuren gestaltete „Deutschland-Union-Dienst“ hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst die Auflage von 1.050 Exemplaren gehalten, die bundesweit vertrieben werden. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt 1.100 Exemplare. Der DUD wird, wie eine Auswertung ergab, in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als die Pressedienste anderer Parteien. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2.000 Exemplaren.

## 6. Organisation

### 6.1 Kommunikationsnetz

Wesentlicher Bestandteil innerhalb des Berichtszeitraumes war der weitere Ausbau des Kommunikationsnetzes.

Durch ständige Marktbeobachtung, Weiterentwicklung des Softwareprogramms, zusätzliche Investitionen und mit Hilfe eines qualifizierten Mitarbeiterstammes werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, den vorhandenen technischen und personellen Standard zu wahren und weiter auszubauen.

So haben sich zwischenzeitlich eine Reihe weiterer Verbände/Gliederungen dem Kommunikationsnetz angeschlossen.

Aufgrund des Ausmaßes, den dieser Dienstleistungsservice der Bundesgeschäftsstelle insgesamt angenommen hat sowie auch im Hinblick auf die unter IV.1 dargelegten Gründe, wurde vom Bundesvorstand die Ausgliederung dieses Geschäftsbereiches und Einbringung in eine selbständige GmbH beschlossen. Hierzu wurden mit der Verwaltung die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen.

Diese Lösung verspricht eine zunehmende Effizienz, um für die computertechnischen Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

### 6.2 Veranstaltungen und Kongresse

Der organisatorische Schwerpunkt innerhalb des Berichtszeitraumes lag in der Vorbereitung und Durchführung der zentralen Wahlkampfveranstaltungen. Dabei erwies es sich als vorteilhaft, daß infolge der bereits sehr langfristig vorgenommenen Reservierungen aller großen Kongreßhallen ein flächendeckendes Veranstaltungskonzept durchgeführt werden konnte.

#### 6.2.1 Veranstaltungen des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, absolvierte während des Bundestagswahlkampfes 61 Großveranstaltungen. Hierbei konnten über ca. 600.000 Menschen den Bundeskanzler „live“ erleben.

Die organisatorischen Vorbereitungen wurden zentral durch die Hauptabteilung Organisation abgewickelt, die zudem auch für erforderlichen Bühnenaufbau, Lautsprecherübertragung und Plakatierung sorgte.

#### 6.2.2 Zielgruppenveranstaltungen

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sowie Generalsekretär Dr. Heiner Geißler waren neben weiteren prominenten Unionspolitikern jeweils Spitzenredner auf insgesamt acht Zielgruppenveranstaltungen. Neben diesen Großveranstaltungen für die Zielgruppenbereiche Ländlicher Raum, Arbeitnehmer, Frauen, Mittel-



stand und Jugend wurden drei dezentrale Seniorentreffen durchgeführt.

Eine unerwartet hohe Resonanz fand dabei die Jugendveranstaltung mit ca. 20.000 sowie die Frauenveranstaltung mit ca. 9.000 Teilnehmern.

Sowohl die hohe Teilnehmerresonanz als auch die erzielte Berichterstattung in den Medien bestätigt der Bundesgeschäftsstelle die Wichtigkeit eines derartigen Veranstaltungskonzepts für die Zielgruppenbereiche. Gerade im Hinblick darauf, daß — wie die letzten Wahlen bestätigen — das Potential der Stammwählerschaft wesentlich transparenter geworden ist, gewinnt die individualisierte Ansprache der Stammwählerschaft in Form von zielgruppenspezifischen Sachaussagen an zunehmender Bedeutung.

### 6.2.3 Wahlkampfveranstaltungsveranstaltung in Dortmund

Mit einem großen „Deutschlandtreffen“ am 4.1.1987 in Dortmund wurde die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes eingeleitet.

Mehr als 60.000 Parteimitglieder und Freunde waren dem Aufruf der Bundespartei gefolgt, mit ihrer Teil-

nahme ein machtvolles Bekenntnis zum Bundeskanzler und zu der von ihm vertretenen Politik abzulegen.

Zu dem ganztägigen Familienprogramm in allen Nebenhallen und der sich anschließenden Abschlußkundgebung in der Großen Westfalenhalle waren die Teilnehmer in 331 Bussen sowie in den 15 von der Bundesgeschäftsstelle arrangierten Sonderzügen der Deutschen Bundesbahn angereist.

### 6.2.4 Fachkongresse — Tagungen

Parallel zu den Wahlkampfveranstaltungen wurden mit den jeweiligen politischen Fachabteilungen der Fachkongreß Innere Sicherheit „Gegen Terror und Gewalt — den Inneren Frieden sichern“ sowie das Kolloquium der Europäischen Volkspartei „Umweltschutz und technologischer Fortschritt in Europa“ im Kongreßzentrum des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses durchgeführt.

Ferner wurden auch die 28. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Karlsruhe sowie die Bundesvertreterversammlung und der Kommunkongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung in Bonn organisatorisch vorbereitet und abgewickelt.

Neben den Wahlkampfveranstaltungen wurden folgende weitere Maßnahmen durchgeführt:

Veranstaltungs-Datum	Veranstaltungsart	Teilnehmer
30.10.1986	Fachkongreß Innere Sicherheit „Gegen Terror und Gewalt den Inneren Frieden sichern“ Bonn, KAH	500
4.11.1986	Kolloquium der Europäischen Volkspartei „Umweltschutz und technologischer Fortschritt in Europa“ Bonn, KAH	400
8.12.1986	Bundesausschuß	300
25.1.1987	Wahlparty zur Bundestagswahl Bonn, KAH	1.500
3.2.1987	Empfang anläßlich des 70. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Bruno Heck, Bundesminister a.D. Bonn, KAH	800
20. 2.1987	Empfang anläßlich des 50. Geburtstages von Frau Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth Bonn, KAH	250
16.3.1987	Empfang anläßlich des 75. Geburtstages von Frau Aenne Brauksiepe, Bundesministerin a.D. Bonn, KAH	700

Veranstaltungs-Datum	Veranstaltungsart	Teilnehmer
16.—18.10.1987	28. EAK-Bundestagung „Miteinander Zukunft gewinnen“ Karlsruhe, Kongreßzentrum	500
22.—24.10.1987	KPV-Bundesvertreterversammlung und Kommunalkongreß „Den Bürgern Heimat geben“ Bonn, KAH	500

### 6.3 Referentenvermittlung

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielt im Berichtszeitraum 109 Anfragen. Insgesamt haben 104 Vertreter der CDU und 8 Vertreter der CSU die hieraus resultierenden Termine wahrgenommen. 11 Anfragen wurden an andere zuständige Stellen weitergeleitet.

Die höhere Zahl von Vermittlungen und Weiterleitungen ergibt sich aus Mehrfachbenennungen, da zum Teil zwei und mehr Vertreter der CDU an einer Veranstaltung teilgenommen haben.

### 6.4 Allgemeine parteiorganisatorische Maßnahmen

#### *Organisations-Handbuch*

Die Fortschreibung und der Änderungsdienst des Organisations-Handbuches der CDU wurde im Berichtszeitraum mit 1 Nachlieferung durchgeführt. Im Laufe des Jahres ergaben sich mehr als 8.000 Änderungen. Das Organisations-Handbuch erscheint in einer Auflage von 2.000 Exemplaren.

#### *Technische Hilfen*

Auf Bitte von Gliederungen und Vereinigungen wurden technische Hilfen durch Zurverfügungstellung von transportablen Beschallungseinrichtungen in 18 Fällen gewährt. Im Bereich der Fernseh- und Videotechnik wurden die im Hause befindlichen Rekorder und TV-Geräte laufend gewartet und auftragsgemäß 70 Videokopien gefertigt. Ferner wurden 80 Tonkopien gefertigt. Für die Datenbank der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden 202 Video- und Tonkopien erfaßt und katalogisiert.

#### *Besucherdienst und Veranstaltungsservice*

Als Dienstleistung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für die interessierte Öffentlichkeit ist der Besucherdienst eingerichtet. Im Berichtszeitraum haben mit steigender Tendenz 351 Gruppen mit 14.075 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus besucht. Seit Einrichtung dieser Dienstleistung haben über 320.000 Personen Informationen über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Entsprechend der Übereinkunft zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Haus KG wurden technische Dienstleistungen für die im Kongreßtrakt des Konrad-Adenauer-Hauses stattgefundenen Veranstaltungsmaßnahmen durchgeführt. Hierbei wurden insgesamt ca. 820 Veranstaltungen betreut.

#### *Beratung*

Im Bereich der Parteiorganisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle erfolgt als wichtige Aufgabenstellung die Beratung der Gliederungen der CDU in Organisationsfragen. Auf großes Interesse bei den Verbänden stößt die Information und Abstimmung bei Beschaffungsmaßnahmen vornehmlich der technischen Ausstattung der Geschäftsstellen. Hierbei wird unter Berücksichtigung der individuellen Problemstellung ein funktionales Konzept erstellt. Dadurch erbringt die Bundesgeschäftsstelle einen nicht unerheblichen Beitrag zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Gesamtpartei.

Mit befreundeten ausländischen Parteien sind im Berichtszeitraum Seminare und Informationsgespräche durchgeführt worden. Fernerhin wurden schriftliche und fernmündliche Unterstützungen für die nachgeordneten Gliederungen bei wahlkampforganisatorischen Fragen erbracht.

# V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

## 1. Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend

Für die derzeitige Mitgliederentwicklung ist die Stabilisierung der Mitgliederzahlen auf einem hohen Niveau charakteristisch. Seit Juni 1986 haben die Saldo-Zahlen wieder leicht zugenommen. Im Juni 1987 zählte die CDU 715.637 Mitglieder.

Bei der Analyse der Mitgliederzahlen muß beachtet werden, daß die Mitgliederentwicklung durch eine hohe Mortalität bestimmt wird (siehe folgende Tabellen). Gleichzeitig ist erfreulich, daß im Jahre 1986 26.822 neue Mitglieder der CDU beigetreten sind.

Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971  
(jeweils Jahresende)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Mitglieder	355.745	422.968	457.393	530.500	590.482	652.010
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder	664.214	675.286	682.781	693.320	705.116	718.889
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Index 1971 = 100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1
	1983	1984	1985	1986	Juni 1987	
Mitglieder	734.555	730.395	718.590	714.089	715.637	
Veränderung zum Vorjahr %	+ 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,6	+ /0	
Index 1971 = 100	206,5	205,3	202,0	200,7	201,2	

Zwischen Januar 1987 und Juni 1987 stieg die Mitgliederzahl von 714.946 leicht auf 715.637 an.

Mitgliederentwicklung 1983/1987  
(jeweils Monatsende)

	<u>1983</u>					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	719.838	722.661	729.707	732.337	733.743	734.082
Diff. z. Vormonat	+ 949	+ 2.823	+ 7.046	+ 2.630	+ 1.406	+ 339
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2

	<u>1983</u>					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	734.484	734.147	734.458	735.031	735.070	734.555
Diff. z. Vormonat	+ 402	- 337	+ 311	+ 573	+ 39	- 515
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2

	<u>1984</u>					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	734.361	735.406	736.277	736.370	736.258	736.121
Diff. z. Vormonat	- 194	+ 1.045	+ 871	+ 93	- 112	- 137
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3

	<u>1984</u>					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	736.187	735.695	735.276	734.555	732.813	730.395
Diff. z. Vormonat	+ 66	- 492	- 419	- 721	- 1.742	- 2.418
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,6

	<u>1985</u>					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	727.794	726.600	726.440	725.747	725.376	724.222
Diff. z. Vormonat	- 2.601	- 1.194	- 160	- 693	- 371	- 1.154
Veränderung z. Vorjahresmonat %	- 0,9	- 1,2	- 1,3	- 1,4	- 1,5	- 1,6

	<u>1985</u>					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	722.847	721.491	721.043	720.222	719.942	718.590
Diff. z. Vormonat	- 1.375	- 1.356	- 448	- 821	- 280	- 1.352
Veränderung z. Vorjahresmonat %	- 1,9	- 1,9	- 1,9	- 2,0	- 1,8	- 1,6

	<u>1986</u>					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	718.536	717.966	717.694	716.592	716.081	715.340
Diff. z. Vormonat	- 54	- 570	- 272	- 1.102	- 511	- 741
Veränderung z. Vorjahresmonat %	- 1,3	- 1,3	- 1,2	- 1,3	- 1,3	- 1,2

	<u>1986</u>					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	715.037	714.339	714.086	714.299	714.253	714.089
Diff. z. Vormonat	— 303	— 698	— 253	+ 213	— 46	— 164
Veränderung z. Vorjahresmonat %	— 1,1	— 1,0	— 1,0	— 0,8	— 0,8	— 0,6

	<u>1987</u>					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	714.946	716.023	715.928	716.012	716.342	715.637
Diff. z. Vormonat	+ 857	+ 1.077	— 95	+ 84	+ 330	— 705
Veränderung z. Vorjahresmonat %	— 0,5	— 0,3	— 0,3	— 0,1	+ / - 0	+ / - 0

## 2. Die Entwicklung der Mitgliederabgänge

Unter den Ursachen für die Mitgliederabgänge kommt der Mortalität und der natürlichen Fluktuation ein erheblicher Anteil zu. 1986 sind 20,2 % der Abgänge auf den Tod der betreffenden Parteimitglieder zurückzuführen, 4,1 % der Abgänge sind unbekannt verzogen, 3,5 % durch Karteibereinigungen zu erklären. Diese Abgänge sind für die Partei nicht vermeidbar.

Der Anteil der explizit politischen Austrittsbegründungen ist jeweils sehr gering. Er stieg 1984 auf 8,5 % an, fiel danach wieder auf einen Stand von gegenwärtig 4,4 % zurück.

Insgesamt fällt der Anteil politisch motivierter Austritte erheblich geringer aus als der Anteil der eher „administrativ-organisatorischen“ Verluste an Parteimitgliedern.

Mitgliederzu- und abgänge 1970—1986

Jahr	Mi.stand 31. 12. d. Vorj.	Zugänge*)	Jährliche Zugangsrate %	Abgänge*)	Jährliche Abgangsrate	Saldierter Mi.zuwachs	Jährliche Zuwachsrate	Mi.stand 31. 12. d. Jahres
1970	303.532	48.755	16,1	23.048	7,5	25.707	8,5	329.239
1971	329.239	47.836	14,5	21.330	6,5	26.506	8,0	355.745
1972	355.745	87.008	24,5	19.785	5,6	67.223	18,9	422.968
1973	422.968	57.335	13,6	22.910	5,4	34.425	8,1	457.393
1974	457.393	94.544	20,7	21.437	4,7	73.107	16,0	530.500
1975	530.500	85.501	16,1	25.509	4,8	59.982	11,3	590.482
1976	590.482	87.662	14,8	26.134	4,4	61.528	10,4	652.010
1977	652.010	43.640	6,7	31.436	4,8	12.204	1,9	664.214
1978	664.214	41.097	6,2	30.025	4,5	11.072	1,7	675.286
1979	675.286	41.948	6,2	34.453	5,1	7.495	1,1	682.781
1980	682.781	40.426	5,9	29.887	4,4	10.539	1,5	693.320
1981	693.320	41.238	6,0	29.442	4,3	11.796	1,7	705.116
1982	705.116	43.272	6,1	29.495	4,2	13.777	2,0	718.889
1983	718.889	46.534	6,5	30.868	4,3	15.666	2,2	734.555
1984	734.555	32.506	4,4	37.271	5,1	— 4.765	— 0,6	730.395
1985	730.395	25.656	3,5	37.461	5,1	—11.805	— 1,6	718.590
1986	718.590	35.457	4,9	39.958	5,6	— 4.501	— 0,7	714.089

\*) Bereinigte Zahlen

Regionale Mitgliederentwicklung 1986

Landesverband	Mi.stand Jahresende 1985	Mi.stand Jahresende 1986	Differenz
Baden-Württemberg	95.334	95.040	— 294
Berlin	16.569	15.864	— 705
Bremen	3.719	3.907	+ 188
Hamburg	13.848	14.887	+ 1.039
Hessen	68.950	68.275	— 675
Braunschweig	10.717	10.766	+ 49
Hannover	77.374	78.760	+ 1.386
Oldenburg	19.515	19.377	— 138
Nordrhein-Westfalen	261.220	257.643	—3.577
Rheinland-Pfalz	78.467	78.045	— 422
Saar	30.757	29.992	— 765
Schleswig-Holstein	42.120	41.533	— 587
Insgesamt	718.590	714.089	—4.501

### 3. Mitgliedsdauer

Die jeweilige individuelle Dauer der Mitgliedschaft in der CDU ist für den Mitgliederabgang offensichtlich von erheblicher Bedeutung. 1984 und 1985 lag die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft bei den Abgängern jeweils immerhin um 0,6 Jahre unter der der übrigen Parteimitglieder. Im Jahre 1986 lag diese Differenz bei 0,7 Jahren (11,2 Jahre gegenüber sonst 11,9 Jahre).

Weiter ist zu berücksichtigen, daß weniger als 27% der heutigen CDU-Mitglieder bereits in der Partei wa-

ren, als diese 1969 noch die Regierung gestellt hat, weniger als 8% bereits in den fünfziger Jahren das CDU-Parteibuch besaßen. Die überwiegende Mehrzahl der heutigen Parteimitglieder ist der CDU in einer Zeit beigetreten, als diese in Bonn in der Opposition stand.

Mitglieder, die der CDU zwischen 10 und 30 Jahren angehörten, finden sich unter den Abgängern eher selten. Die leicht überproportionalen Abgänge bei über 30jähriger Mitgliedsdauer sind auf Todesfälle zurückzuführen.

Dauer der CDU-Mitgliedschaft bei Abgängern und Mitgliedern  
1984 bis 1986

	1984		1985		1986	
	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %
bis unter 2 Jahre	8,7	10,1	5,7	7,5	6,4	7,2
2 bis unter 4 Jahre	13,3	10,0	13,6	10,7	12,0	9,5
4 bis unter 6 Jahre	10,9	8,8	11,4	8,8	11,6	9,1
6 bis unter 8 Jahre	9,1	8,1	9,3	8,0	9,6	8,0
8 bis unter 10 Jahre	16,5	15,0	12,6	11,4	8,2	7,4
10 bis unter 15 Jahre	24,4	26,7	27,5	29,7	30,3	32,5
15 bis unter 20 Jahre	6,2	8,4	7,6	10,1	9,1	12,1
20 bis unter 25 Jahre	4,2	5,8	4,5	6,1	4,4	6,2
25 bis unter 30 Jahre	2,8	3,4	3,0	3,6	2,9	3,5
30 Jahre und mehr	3,8	3,3	4,4	3,7	5,2	4,3
ohne Angaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	10,2	10,8	10,8	11,4	11,2	11,9

## 4. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

Die Strukturanalyse zeigt im Vergleich der CDU-Mitglieder mit den Neumitgliedern des Jahres 1986 einige bedeutsame Tendenzen der weiteren Angleichung von Mitgliedern und Bevölkerungsstruktur.

Während der Anteil der Frauen am gesamten Mitgliederbestand der CDU noch 1969 erst bei 13,1% gelegen hatte, lag er 1986 immerhin bereits bei 22,2%. Unter den Neumitgliedern befanden sich 1986 sogar 28,6% Frauen, 1970 stellten diese erst 17,3% der Neumitglieder.

Das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder liegt 1986 mit 40,1 Jahren fast 10 Jahre unter dem der gesamten Mitgliedschaft (49,6 Jahre). Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der jüngsten, bis 24jährigen Altersgruppe unter den Neumitgliedern (17,7%).

Während Katholiken mit einem Anteil von 56% noch 1970 unter den Neumitgliedern deutlich das Übergewicht hatten, fanden sich 1986 unter den Zugängen bereits nahezu ebenso viele Protestanten wie Katholiken (41,2% zu 46,3%). 5,2% der Neumitglieder gehören keiner Glaubensgemeinschaft an.

Der Anteil selbständiger CDU-Mitglieder betrug 1986 nur mehr 24,6%. Unter den Neuzugängen lag die Quote gar nur noch bei 18,9%. Dagegen ist ein steigender Anteil der Parteimitglieder als Angestellte tätig (29,6% der Neumitglieder).

Alle genannten Tendenzen führen zu einer angemesseneren Vertretung relevanter sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft der CDU und unterstreichen damit deren Charakter als moderne Volkspartei.

Struktur der Mitglieder- und Neumitglieder zum Jahresende 1986

	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Männer	77,8	71,4
Frauen	22,2	28,6
—24 Jahre	3,5	17,7
25—29 Jahre	4,3	9,3
30—39 Jahre	16,1	24,0
40—49 Jahre	27,7	25,6
50—59 Jahre	23,4	12,1
60—69 Jahre	14,3	6,7
70 Jahre und älter	10,2	3,7
Durchschnittsalter	49,6	40,1
Männer		
—29 Jahre	7,9	29,8
30—59 Jahre	69,0	61,9
60 Jahre und älter	22,6	7,3
Durchschnittsalter	49,2	38,5
Frauen		
—29 Jahre	7,6	19,9
30—59 Jahre	60,7	61,1
60 Jahre und älter	31,1	18,2
Durchschnittsalter	50,9	43,9
evangelisch	34,6	41,2
katholisch	58,6	46,3
sonstige	0,4	0,6
ohne Bekenntnis	3,0	5,2
Selbständige/Mith.	24,6	18,9
Arbeiter	9,8	7,7
Angestellte	28,1	29,6
Beamte	12,5	10,4
Rentner/Pensionäre	4,6	7,1
Hausfrauen	11,2	11,0
in Ausbildung	6,6	13,4









